

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Karl Dietrich 4196/4195



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 3 61, Belle-Alliance-Platz 5
Telefon: Capodoglio

Die Veröffentlichung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung behält 4 Bogen
von dem Charakteristika, wenn nicht anders verordnet ist. Druckort für beide Seiten ist Berlin.

Berlin, den 14. Februar 1930

August Bebel.

1840 - 22. Februar - 1930.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Wie oft wurde in sozialdemokratischem Kreise während des Krieges oder in den bewegten Jahren nachher die Frage aufgeworfen: Was hätte August Bebel .. hierzu, was hätte er dazu gesagt? Aber so sehr diese Frage von dem fast blinden Vertrauen zeugte, das die Massen ihrem grossen Führer bis übers Grab hinaus entgegenbrachten, im Grunde erscheint sie doch müssig. Denn es war nicht von ungefähr; dass Bebel die beiden wichtigen Entscheidungsjahre 1914 und 1918, das des Krieges und das der Revolution, nicht mehr erlebte; es steckt ein tieferer Sinn darin, da er mit allem der klassische Vertreter jenes ersten Abschnitts in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist, der von der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bis zum Ausbruch des Weltkriegs reicht.

Weil sein Wirken wie das eines jeden Schaffenden an die Zeit, eben an das halbe Jahrhundert von 1863 bis 1913 gebunden war, gibt es Gefechtsberichte in seinem Leben, die für uns nur mehr historische Bedeutung haben, hatte er sich mit Problemen herumzuschlagen, die uns gar nicht mehr problematisch bedünken wollen. Wer einmal in einer grossangelegten Bebel-Biographie die Summe dieses erfüllten Daseins zieht, wird all die verschiedenen Probleme aufrollen müssen. Dann offenbaren sich die Beziehungen zur Gegenwart von selber, denn trotz aller Wandlungen, aller Erledigungen, aller Zusammenbrüche zwischen 1914 und 1918 kennt die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland keinen Punkt, wo die Überlieferung jäh abrisse. Wie wir die Erben von Marx, Engels und Lassalle sind, so ist August Bebel ganz unmittelbar Fleisch von unserem Fleisch und Geist von unserem Geist.

Am wenigsten dem Gesetz des Vergehens unterworfen ist dabei das, was Bebel zum unvergleichlichen Aufrüttler der deutschen Arbeiterklasse machte, das sozusagen Zeitlose, Ewige seines Wesens: die innige Verschwisterung von Fausts Erkenntnisdrang und Huttens Tatendrang. Schon das Kind war darauf versessen, sich Wissen anzueignen, und wurde, obwohl es sich keineswegs immer sattessen konnte, mehr von geistigem als von leiblichem Hunger geplagt. Als der Knabe von der Schulbank an die Drehbank kam, fand er nach vierzehnstündiger ermüdender körperlicher Tätigkeit immer noch Zeit und Musse, sich zu seinen geliebten Büchern zu flüchten. Als Handwerksgehilfe begab er sich nicht aus Lust am Vagabundieren auf die Walze, sondern um in der Berührung mit neuen Gegenden, neuen Städten, neuen Menschen neue Erkenntnisse zu sammeln, und sinnbildlich bleibt es immerdar, dass das Tor, durch das er zur modernen Arbeiterbewegung kam, ein Bildungsverein, der zu Leipzig, war.

So verstrickt hatte sich der junge Bebel in den Glauben an die allein seligmachende Bildung, dass er von einer Politisierung der Bildungsvereine nichts wissen wollte und an der von Lassalle aufgepflanzten Standarte des allgemeinen und gleichen Wahlrechts hartnäckig vorbeisah. Aber sein jederzeit stark ausgeprägter Gerechtigkeitssinn, der auf die Dauer nicht verdammten wollte, ohne gehört zu haben, liess ihn Abend für Abend über den Schriften des Gründers des

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verbringen, bis der unpolitische Saulus als politischer Paulus aufstand. Aber jetzt fühlte er sich nicht etwa rix und fertig als grossen Mann, der die ganze Bildung seines Jahrhunderts gepachtet hatte. Ganz im Gegenteil! Inbrünstig rang er jetzt erst recht um Erkenntnis. Zu welcher fruchtbarer Lehrzeit wurde ihm die Festungszeit, da ihn die Machthaber des neuen deutschen Reichs wegen seiner unerschrockenen Haltung während des Krieges gegen Frankreich als "Hochverräter" zwei Jahre auf Hubertusburg einkastelten! Und wie hielt sich auch der bewunderte und umjubelte Führer, der greise und weise Bebel nie für zu alt und zu klug, um nicht noch Neues zu lernen!

Aber durch die Adern dieses zu Köln geborenen preussischen Unteroffizierssohnes floss das Blut mit so rheinischer Schnelle, dass alle aufgehäuften Gelehrsamkeit sein prachtvolles Kämpfertemperament nicht zu ersticken vermochte. Die Lust am Kampf beseelte ihn noch, als sich der Haarbusch längst schneeweiss über seiner Stirn wölbte, und Kampflust schien geradezu das Geheimnis seiner unverwüstlichen Frische. Aber dieser Kämpfer war weder ein Raufbold, der knotzig tobt und jeden Augenblick mit Schaum vor dem Mund den wilden Mann spielt, noch ein Klopffechter, der um des Dreinhauens willen vom Leder zieht. Sein Kampf galt der Verwirklichung eines hohen Menschheitsziels, der Befreiung der Arbeiterklasse. Ganz wurzelte Bebel dabei in deutscher Erde; der Gedanke, deutsches Volkstum und deutsche Sprache in einem allgemeinen internationalen Urbrei aufgehen zu sehen, widerstrebte ihm durchaus, aber zugleich stand er mit beiden Füßen auf dem Boden der sozialistischen Internationale, durchdrungen von der Überzeugung, dass die Einheitsfront des internationalen Kapitals nur von der international geeinten Arbeiterklasse zu durchstossen sei, und dass nur die Verbrüderung des Kanonenfutters über die Grenzen hinweg den Weltfrieden wirklich verbürge.

Wurde eine ganze Generation der deutschen Sozialdemokratie zu Bebels Zeit von dem Widerstreit des: Hie Reform! Hie Revolution! leidenschaftlich bewegt, so löste sich in seiner Brust der Gegensatz, wie er sich nur lösen konnte. Er hätte eine grössere Schlafmütze sein müssen, als er war, um sich nicht manchmal nach der Revolution in ihrer heroischen Gestalt zu sehnen, die dahinschreitet mit wehendem Lockenhaar, "Befreierin und Rächerin und Richterin, das Schwert entblösst", und seine stürmische Ungeduld liess ihn zuzeiten das, was die Gegner als den "grossen Kladderadatsch" verhöhnten, näher sehen, als er war. Aber der sich stets selbst berichtigende nüchterne Tatsachensinn, der die zweite starke Kraftquelle Bebels war, verhinderte, dass er auch nur ein Quentchen Reform in den Wind schlug. Kein Utopist, sondern ein Politiker, kein Wolkenkuckucksheimer, sondern ein Baumeister auf Erden, war er am Ende stolz darauf, dass niemand soviel sozialpolitische Gesetzentwürfe ausgearbeitet habe, wie er, der verschriene "Mann der Negation".

Hinwiederum konnte August Bebel, ohne zu ermatten, in zäher Gegenwartsarbeit Stein auf Stein schichten, weil die ewigen Sterne zu seinen Haupten standen, das ist weil er den unbeirrbaren Glauben an sich und seine Sache hatte. Dieser Glaube, der ohne Mystik auf dem sicheren Grunde marxistischer Erkenntnis vom Wesen und Werden der Dinge erwuchs, konnte Berge versetzen; dieser Glaube, der immer wieder die Massen widerstandslos mitriss, ist der lebendigste Teil von Bebels geistiger Hinterlassenschaft. Ohne diesen Glauben ist jede sozialistische Lehre klingende Schelle und tönendes Erz, ohne diesen Glauben wären wir alle nichts.

Hermann Wendel.

SPD. Insterburg, 14. Februar (Eig. Drahtb)

Vor dem Insterburger Schwurgericht begann am Freitag unter starker polizeilicher Sicherheit der mit Spannung erwartete Prozess gegen Pletschkaitis und Genossen. Zahlreiche Pressevertreter sind nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Polen, Litauen und Lettland erschienen. Die Regierung ist durch Regierungsrat Schumann und Polizeimajor Lendrowski-Gumbinnen vertreten. Beisitzer

sind Gerichtsassessor Lemke und Landgerichtsrat Herbst.

Am 2. und 3. September 1929 wurden im Walde in der Nähe von Melkehnen sechs verdächtige Männer beobachtet. Landjäger in Gemeinschaft mit Gutsarbeitern umstellten den Wald und nahmen die Verdächtigen in der Nähe der Grenze fest. Man fand bei ihnen zwei Gewehre, sechs Revolver, sechs Handgranaten, viel Munition und in einem Korbe, den sie bei sich führten, Flugblätter sowie sechs schwere Bomben, zwei aus Weissblech, vier aus Stahlrohr. Dem Amtsgerichtsrat von Stallupöhnen erklärten sie, sie hätten die Waffen nur zu ihrer eigenen Verteidigung bei sich geführt, ihre Absicht sei gewesen, ihre Verwandten in Litauen aufzusuchen, um Geld zur Fahrt nach Argentinien zu erhalten. Auf irgendwelche Fragen, die sich auf Woldemaras bezogen, verweigerte Pletschkaitis jede Antwort. Anfang November richtete er aber aus dem Insterburger Gefängnis eine Zuschrift an den "Vorwärts", in der er sich gegen die Anschuldigungen zur Wehr setzte, als sei er von polnischer Seite veranlasst worden, ein Attentat gegen den früheren Diktator Litauens, Woldemaras, in Ostpreussen auszuführen. Er erklärte, weder gegen Woldemaras noch gegen eine andere Person in Ostpreussen ein Attentat geplant und mit niemand aus der Zahl der verantwortlichen Männer der polnischen Regierung oder mit Regierungsstellen je über einen solchen Attentatsplan gesprochen zu haben.

Hieronymus Pletschkaitis, von Beruf Volksschullehrer, ist zur Sozialdemokratischen Partei nach der Revolution gekommen. Als im Dezember 1926 die Regierung Dr. Grinius durch den Putsch Smetonas und Woldemaras gestürzt und die sozialdemokratische Presse unter Zensur gestellt wurde, eine Welle des Terrors durch das Land ging und die sozialdemokratischen Funktionäre in Massen verhaftet und selbst zum Tode verurteilt wurden, da machten sich unterirdische Gegenströmungen bemerkbar. Am 9. September 1927 kam es zum Aufstand in Tauroggen; das war nur ein Symptom für die ungeheure Gärung im Lande. Die litauische Staatsbank wurde von den Linksradikalen besetzt, die Polizei wurde entwaffnet. Das Militär behielt aber die Oberhand und standrechtliche Massenerschiessungen waren die Antwort. Der litauische Sozialdemokrat Mikulski wurde bei der Verfolgung erschossen, Pletschkaitis flüchtete nach Polen. Er suchte dort Annäherung an Pilsudski, den er als kleineres Übel im Vergleich zu Smetona betrachtete. Diese Haltung Pletschkaitis führte zum endgültigen Bruch mit seinen früheren Parteigenossen. Schon seine Teilnahme an dem Putsch in Tauroggen hatte zu seinem Ausschluss aus dem Zentralkomitee der Sozialdemokratie geführt. Jetzt wurde er auch aus der Organisation der litauischen Emigranten in Polen ausgeschlossen. Die polnischen Sozialdemokraten trugen ihm seine Annäherung an Pilsudski nach. Er stand vollkommen isoliert da.

Pletschkaitis macht über seine Personalien folgende Angaben: Am 27. November 1887 geboren, verheiratet, drei Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren, jetzt polizeilich geschieden. Er war früher Gewerkschaftssekretär. Pletschkaitis sieht gequält und leidend aus. Die anderen Angeklagten sind jugendliche Personen im Alter von 21 bis 32 Jahren. Die Verständigung mit den Angeklagten, die, ausser Pletschkaitis, nur die litauische Sprache kennen, ist sehr schwer. Sie muss durch einen Dolmetscher erfolgen. Achtzehn Zeugen und drei Sachverständige sind geladen und erschienen.

Der Angeklagte Anton Daugshas, Arbeiter aus Sawalky, gibt an, 6 Monate eine litauische Polizeischule besucht zu haben und bis Dezember 1927, wo er flüchten musste, Polizeibeamter gewesen zu sein. Pletschkaitis kennt er seit längerer Zeit, die anderen Angeklagten seit seiner Flucht. In Sawalky sind die Angeklagten zusammengekommen, um gemeinsam die Eltern in Litauen zu besuchen. Dort wollte er sich Geld beschaffen, um nach Amerika zu gehen. Gegen die litauische Polizei wollte er sich notfalls mit dem Revolver verteidigen. Da die polnisch-litauische Grenze scharf bewacht werde, gingen sie über die ostpreussische Grenze. Am Morgen darauf wurden sie in einem Wäldchen auf deutscher Seite festgenommen. Rucksack und Bastkörbchen, in dem sich die Bomben befanden, will er nicht getragen haben. Der Angeklagte Peter Zalenka hat die

Volksschule besucht und ist Arbeiter. Im Kriege hat er die linke Hand verloren. Bei dem Tauroggener Aufstand musste er flüchten. Eine Verabredung, gemeinsam über die Grenze zu gehen, hat nicht vorgelegen. Er traf die anderen an der deutschen Grenze und schloss sich ihnen an, um seine Frau in Kibarty zu besuchen. Zum Grenzübertritt war er berechtigt, da er einen Ausweis hatte. Pletschkaitis habe nicht gewusst, dass er sich im Besitze eines Revolvers befand.

Der Angeklagte Piliaawicius kam während des Krieges als Kind nach Russland. 1918 kamen die Eltern zurück nach Litauen. Er hat das Gymnasium besucht, dann wurde er Postbeamter in Wilna. Er hat sich politisch betätigt, gehört der Sozialdemokratie an und war Führer der Ortsgruppe Wilna. Während des Umsturzes verhaftet, kam er in ein Konzentrationslager, dann wurde er amnestiert. Aus Furcht vor Verfolgung ging er nach Polen, wo er Pletschkaitis kennen lernte. Da er arbeitslos war, wollte er im September zurück nach Litauen. Er war im Besitze einer Waffe und Munition. Der Angeklagte Szemaitis war Praktikant bei einem Amtsvorsteher und wurde 1925 Sekretär. Seit 1927 ist er infolge politischer Verdächtigung entlassen. Am Olitaer Putsch war er beteiligt, floh nach Deutschland und erhielt wegen Passvergehens sieben Tage Haft. Dann ging er nach Polen, lernte Pletschkaitis kennen und schloss sich ihm an. Bei seiner Verhaftung war er im Besitze von Waffen und Munition. Sämtliche Angeklagten leugnen, Bomben getragen und ein Attentat in Deutschland geplant zu haben.

Pletschkaitis sagt aus: "Meine Eltern sind Besitzer gewesen. Bereits im Jahre 1905 bin ich politisch gegen das Zaristenregime tätig gewesen und 1906 wegen politischer Vergehen mit drei Jahren Gefängnis bestraft worden. Danach kam ich nach Deutschland und habe in Westfalen gearbeitet. Nach Beendigung des russischen Krieges ging ich nach Litauen zurück und war 7 Jahre Sejmabgeordneter. Während des Olitaer Umsturzes wurde ich verhaftet. Woldemaras stellte mir ein Ultimatum, Litauen in 24 Stunden zu verlassen. Über Riga und Deutschland ging ich nach Polen, wo ich mich politisch nicht weiter betätigte. Im letzten Jahre wollte ich zu meiner Familie nach Wilna zurück, jedoch wurden mir bei der Passbesorgung Schwierigkeiten gemacht. In der Emigrantenbewegung, die zwar meinen Namen trägt, hatte ich keine führende Rolle. Im Herbst vorigen Jahres wollte ich mit mehreren Emigranten über die polnisch-litauische Grenze nach Wilna gehen, um meine Frau zu besuchen. Allein nach Litauen zu gehen, ist gefährlich. Alle Emigranten denken daran, wie sie nur nach Hause kommen können. Es wäre mir leicht gewesen, statt der fünf Angeklagten andere 10 Personen zu finden."

Auf Vorhalt des Vorsitzenden erklärt er: "Der Zettel, der in meinem Besitze gefunden wurde und Notierungen über unsere Bewaffnung enthält, hat mit der Anklage nichts zu tun." Über die Organisation verweigert Pletschkaitis jede Aussage. Der Vorsitzende hält ihm vor, dass er im Juli 1929 an einen gewissen Fritz einen Brief geschrieben habe, aus dem seine politischen Pläne hervorgehen. Pletschkaitis antwortet, dass dieses Schreiben nur allgemeine Äusserungen darüber enthalte, dass er gehofft habe, recht bald mit seiner Familie zusammenzukommen. An einen Umsturz habe er dabei nicht gedacht. Über die Verhaftung befragt, verweist er auf die Zeugenaussagen. Er sagt, dass es richtig sei, dass er einem Zeugen gesagt habe: Es ist besser, in Deutschland festgenommen, als morgen in Litauen erschossen zu werden.

SPD. Im Jorns-Prozess wurde am Freitag-Nachmittag 4 Uhr folgendes Urteil gefällt:

"Das Urteil erster Instanz wird aufgehoben, der Angeklagte Bornstein ist wegen formaler Beleidigung im Sinne des § 185 zu 100 Mark Geldstrafe zu verurteilen."

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt: Es handelt sich in dem Artikel "Kollege Jorns" im "Tagebuch" um ein "beanstandetes Werturteil", während das

Gericht den Wahrheitsbeweis im Sinne des § 186 als erbracht ansieht. Die Beleidigungen werden erblickt 1. darin, dass der Nebenkläger als ungeeignet für sein hohes Amt bezeichnet wird; 2. darin, dass ihm der Vorwurf gemacht wird, er habe den Mördern des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg Vorschub geleistet. Die Herabwürdigung des Nebenklägers wird dadurch gesteigert, dass der inkriminierte Artikel "Kollege Jorns" bezeichnet ist. Das Urteil über Jorns wird damit als von einem Kollegen des Nebenklägers gefälscht hingestellt. Das Gericht hat sich nicht überzeugen können, dass Begünstigung nach § 250 des Reichsstrafgesetzbuches vorliege. Es bliebe aber übrig, dass Vertuschung, Verschleppung, Beförderung der Flucht des Vogel glaubhaft gemacht wurde. Das Vergehen stellt sich demnach als "öffentliche Beleidigung in Tateinheit mit übler Nachrede begangen durch mehrere Bekundungen" dar. Wie in erster Instanz wurde die Aussage des Zeugen Runge als eines pathologischen Lügners völlig ausgeschaltet.

Die Verdrängung des Kriegsgerichtsrats Kurtzig durch Jorns wird wie in der ersten Instanz verneint. Dem Nebenkläger wird voller Glaube geschenkt, dass die Übernahme der Gesamtuntersuchung durch eine Person notwendig war. Was die Ausschaltung der Beisitzer anbelangt, so wird angenommen, dass dabei gegenseitiges Misstrauen vorlag. In dem Fall Pabst und Grützner handelt es sich nicht um eine Ausschaltung der Beisitzer, wie die erste Instanz angenommen hat, weil die Benachrichtigung der Rusch und Wegmann nicht möglich gewesen ist. Nach 11 Jahren ist nicht mehr festzustellen, ob diese Benachrichtigung versucht worden ist. Im Falle Alker dagegen ist zu berücksichtigen, dass infolge gegensätzlicher politischer Einstellung zu den Beisitzern eine unnötige Verzögerung herbeigeführt worden ist. Bei einer Sache von so überragender Bedeutung durfte die Frage nach dem "Beweisthema" nicht in den Vordergrund geschoben werden; formale Bedenken müssten in diesem Fall schweigen. Trotzdem hat es sich dabei nicht um eine Begünstigung im strafrechtlichen Sinne gehandelt. Auf das Schreiben Haase's vom 23.1. hin hat der Nebenkläger sofort den Kanal absuchen lassen. Es ist nicht zutreffend, dass der Zeuge Weller hätte vereidigt werden müssen. Dagegen hat der Nebenkläger keine überzeugende Erklärung dafür geben können, dass er das Hotel Personal nicht sofort vernommen hat. Eine Vergeudung wertvoller Zeit, die vom Nebenkläger als solche hat erkannt werden müssen, war die Folge. Warum in dem Haftbefehl gegen die 8 Militärpersonen der Name des Oberleutnant Vogel gefehlt hat, kann vom Gericht nicht geklärt werden.

Der Fall Vogel: Wenn auch zugegeben werden muss, dass seine Festnahme in der ersten Hälfte des Februar nicht als notwendig erscheinen konnte, so war doch nach der Vernehmung der Jansen, Röpke, Weller und Vogel selber am 18. Februar klar, dass der Körper der Rosa Luxemburg sei es nun lebend oder tot ins Wasser geworden ist. Vogel hat selber zugegeben, dass die unwahren Aussagen in seinem ersten Verhör mit den Begleitmannschaften verabredet waren. Sein Teilgeständnis hätte unbedingt genügt zur Festnehmung. Jorns hat nicht für nötig befunden, den Gerichtsherren die veränderte Sachlage vorzutragen. Diesen Standpunkt kann sich das Gericht nicht zu eigen machen. Jetzt, nach dem Geständnis Vogels, wäre allerspätestens seine Verhaftung notwendig gewesen. General Hoffmann war dieser Einsicht zugänglich gewesen. Der selbe Vogel hatte ja schon einmal eine Verabredung mit seinen Mittätern getroffen. Es lag also eine riesengrosse Verdunkelungsgefahr vor, ausserdem Fluchtverdacht. Dass Jorns den Haftbefehl nur wegen "Wachvergehens" ausgestellt hat, steht im Widerspruch mit den Tatsachen, die ihm bekannt waren. Die Erweiterung dieses Haftbefehls auf "versuchten Mord" hat er dann erst auf Veranlassung Otto Landsbergs vorgenommen. Dieses Verhalten ist nicht verständlich.

Haftentlassung des Pflugk-Hartung: Nach der Obduktion, die "Schüsse aus einiger Entfernung", ausserdem die Möglichkeit eines Fluchtversuches ergeben hat, hatte Jorns den Pflugk-Hartung aus der Haft entlassen. Aber die näheren Umstände mussten bei ihm Bedenken ergeben: 6 Schwerebewaffnete waren Karl Liebknecht als Begleitmannschaften beigegeben worden, Liebknecht selber war bereits durch Kolbenschläge im Eden-Hotel schwer verletzt. Das Ergebnis der

Obduktion war unsicher. - Es war demnach die Aufgabe des Untersuchungsrichters, von den Gerichtsherrn weitere Vernehmungen zu verlangen, ehe er die Haftentlassung verfügte. Der Zusammenhang der beiden Mordtaten müsste ihm klar werden. Der Versuch, das Mordauto zu beschlagnahmen wäre wünschenswert gewesen, ebenso die Nachprüfung der zeitlichen Zusammenhänge. Es ist unwiderlegt, dass er von den Beziehungen des Canaris zu Pflugk-Hartung nichts gewusst hat. Wünschenswert wäre auch die Vernehmung des Wilhelm Pieck gewesen, doch ist ihm aus der Unterlassung dieser Vernehmung kein Vorwurf zu machen, weil Pieck sich sehr schnell aus dem Eden-Hotel entfernt hat.

Dass keine Protokollierung des Widerspruchs zwischen der Privatunterredung mit Runge und dessen späterer Bekundung - das eine Mal erklärte er Geld erhalten zu haben, das andere Mal leugnete er diese Tatsache - vorgenommen worden ist, ist dem Nebenkläger zum Vorwurf zu machen. Dieser Widerspruch müsste unbedingt aktenkundig gemacht werden, da er ein wichtiges Moment der Untersuchung darstellte. Durch die Unterlassung dieser Protokollierung wurde die Möglichkeit geschaffen, wichtige Spuren zu verwischen.

Für die Zustände im Untersuchungsgefängnis war der Nebenkläger an sich nicht zuständig. Nachdem er aber mehrfach Anzeigen erhalten hatte, dass diese Zustände nicht vorschriftsmässig wären, genügte es nicht, dass sich Jorns hinsetzte und Beschwerden schrieb - um so weniger, als er selber sich darüber beklagt hat, dass ihm die Post der Gefangenen nicht vorgelegt wurde. Die Begegnung mit Liepmann am Wittenbergplatz hätte ihn zu energischem Einschreiben veranlassen müssen. Er hat sich aber nicht davon überzeugt, ob die von ihm verfügten Massregeln ausgeführt würden. Zu Gunsten des Nebenklägers wird angenommen, dass die Flucht des Vogel in keinem ursächlichen Zusammenhang stand mit den Zuständen im Gefängnis. Ein Verdacht in dieser Hinsicht brauchte nicht zu entstehen, wie der Vorderrichter angenommen hatte. Dagegen kann das Gericht die Behauptung des Nebenklägers, dass er sich nicht von der Division hätte trennen können, nicht bestehen lassen. Jorns musste seine Ohnmacht gegen den Widerstand der Offiziere einsehen. Er hatte die Möglichkeit, selber über den Kopf des Gerichtsherrn hinweg hohe Instanzen zu seiner Hilfe anzurufen.

Eine Reihe der in dem Artikel behaupteten Tatsachen ist zwar nicht erwiesen, trotzdem wird der Wahrheitsbeweis dafür, dass der Nebenkläger den Mördern des Karl Liebknecht und der Rosa Luxemburg Vorschub geleistet habe, als erbracht angesehen. Eine "Wahrnehmung berechtigter Interessen" im Sinne des § 193 wird verneint, weil nach einer Entscheidung des Reichsgerichts keine Sonderbehandlung der Presse zugelassen wird. Ausdrücklich wird anerkannt, dass sich der Artikel nicht in "besonders gehässigen Ausdrücken" bewegt hat.

Angesichts dieser Begründung kann man das Urteil nur mit Befremden aufnehmen.

SPD. Chicago, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Stadtbehörde von Chicago nahm nach langem Zögern den ihr von einer Chicagoer Finanzgruppe unter Führung des Millionärs Strawn angebotenen Kredit in Höhe von 20 Millionen Dollar an. Die Abmachungen geben der Strawn-Gruppe eine vollständige Kontrolle über die Stadtfinanzen. 18 000 städtische Angestellte erhielten am Freitag die Hälfte der rückständigen Januarlöhne.

SPD. Das kommunistische Oppositionsblatt "Gegen den Strom" bemerkt zu den Verramschungsplänen der KPD, dass das Hamburger Druckerei-Gebäude der KPD bereits verkauft worden sei, und zwar an den Hamburger Senat. Die kommunistische Druckerei könne nach einhalbjähriger Kündigung an die Luft gesetzt werden. Der Erlös für das Gebäude sei nicht dem Bezirk zur Verfügung gestellt worden,

sondern von dem Geheim-Direktorium der KPD einkassiert und bereits verpulvert worden!

Dem gleichen Organ zufolge haben die meisten Verlage der KPD dauernd Zuschüsse gefordert und zwar insbesondere die Verlage in Hannover, Köln, Jena, Magdeburg, Bayern, Mecklenburg und ganz besonders der Berliner Verlag. Die Erlöse aus den Parteibetrieben würden binnen kurzem verpulvert sein.

SPD. Paris, 14. Februar (Eig. Draht.)

Der zweite Tag der Generaldebatte über das Budget hat das Ergebnis gehabt, dass Finanzminister Chéron am Freitag so ziemlich von der gesamten Presse bereits als "toter Mann" behandelt wird. So richtet der Officiosus Marcel Lucain im "Paris Midi" eine eindringliche Mahnung an Tardieu, er möge sich so rasch als möglich von seinem Finanzminister, dessen Unpopularität ihren Höhepunkt erreicht habe, befreien, ehe es zu einer Krise des Gesamtkabinetts komme. Die Front gegen Chéron, die sich von der Linken bis weit nach rechts hinüberziehe, habe die Majorität Tardieus durchlöchert und viele Abgeordnete, die zur Majorität gehörten, hätten am Freitag bereits offen erklärt, dass sie sich trotz aller Loyalität der Regierung gegenüber doch nicht dazu hergeben würden, für Chéron zu stimmen.

In der Freitag-Vormittagsitzung der Kammer sprachen nur zwei Redner der extremen Rechten und der gemässigte Abgeordnete Chassaing, die den Generalsturm gegen Chéron und seine unsinnige Sparpolitik fortsetzten. Als Chéron dann die Tribüne besteigt, sind nur etwa 20 Abgeordnete in der Kammer, von denen die Hälfte demonstrativ den Saal verlässt. Es blieb Chéron daher nichts übrig als seine Rede auf den späten Nachmittag zu verschieben.

SPD. In den Verhandlungen der Finanzsachverständigen der Regierungsparteien mit der Reichsregierung stand am Freitag der neue Vorschlag des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer über die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung zur Erörterung. Er hat etwa folgenden Inhalt:

1. Das Reich gewährt der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 Darlehen in Höhe von 150 Millionen, im Jahre 1931 Darlehen in Höhe von 100 Millionen. In den späteren Jahren sollen Darlehen des Reichs für die Arbeitslosenversicherung überhaupt in Fortfall kommen.

2. Die über die Darlehen des Reiches hinausgehenden Fehlbeträge der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in den Jahren 1930 und 1931 bzw. die gesamten Fehlbeträge in den späteren Jahren sollen von der Reichsanstalt selbst beschafft werden. Die Reichsanstalt soll zu diesem Zweck das Recht erhalten, entweder durch Reform ihrer Verwaltung oder durch Herabsetzung ihrer Leistungen oder durch Erhöhung der Einnahmen diese Fehlbeträge auszugleichen.

3. Die Mittel für die Darlehen an die Reichsanstalt im Jahre 1930 und 1931 sollen durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Träger der Sozialversicherung aufgebracht werden. Ob und wie diese Beträge in den Reichsetat eingestellt werden, ist noch nicht geklärt. Ungeklärt ist auch, was mit den bisher der Reichsanstalt gewährten Darlehen des Reichs geschehen soll.

Dieser Vorschlag, der den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf einem anderen Wege als dem bisher versuchten erreichen will, wird in den bürgerlichen Regierungsparteien wohlwollend beurteilt. Es ist jedoch anzunehmen, dass er in den Kreisen, die den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für verhängnisvoll halten, auf starke Gegnerschaft stossen wird. Würde er doch, wenn die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1932 ungünstig ist, die ganze Arbeitslosenversicherung gefährden. Es ist deshalb anzunehmen, dass diese Bedenken, zu denen sich bei näherer Prüfung des Vorschlages sicher-

lich noch eine ganze Reihe von anderen zufügen, so stark sein werden, dass die Gegnerschaft gegen ihn weitere Kreise auch ausserhalb der Sozialdemokratie ziehen wird.

Eine nähere Prüfung des Vorschlages soll am Montag vormittag in einer Sitzung der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien erfolgen. Die Finanzsachverständigen treten am Montag Nachmittag wieder zusammen.

SPD. London, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Gefahr des Ausbruchs einer ernsthaften politischen Krise über die Bergbaugesetzgebung, die durch die Abmachungen zwischen der Regierung und den Liberalen abgewendet schien, ist wieder akut geworden. Eine nochmalige Unterredung des Handelsministers Graham mit Lloyd George ergab wiederum in der Frage der Produktionsquoten für die einzelnen Zechen keine Einigung. Die Arbeiterpartei und die Bergarbeiter halten im Gegensatz zu Lloyd George die Aufstellung von Förderungsquoten für eine unerlässliche Voraussetzung, wenn die Arbeitsverringerung nicht zu einer Lohnminderung führen soll.

In Regierungskreisen wird die neue Situation sehr ernst beurteilt.

SPD. Genf, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Völkerbundssekretariat ist im Dezember und Januar ein personalpolitischer Kampf ausgefochten worden, aufgrund dessen das deutsche Mitglied der Informationsabteilung, Dr. Beer jetzt das Feld geräumt hat. Dr. Beer forderte u. a., dass für ihn das Amt eines Vizedirektors der Informationsabteilung geschaffen würde. Dieses Verlangen wurde abgeschlagen, einerseits aus personalpolitischen und budgetären Gründen, andererseits wegen der Person Dr. Beers, dessen aggressive Haltung nicht recht geeignet für ein höheres Völkerbundsamt schien.

Beer musste Ende Januar sein Amt zur Verfügung stellen. Inzwischen ist sein Abgang vom Völkerbundssekretär genehmigt worden. Der deutsche Untergeneralsekretär Dufour-Feronce wurde beauftragt, die deutsche Regierung von der peinlichen Angelegenheit in Kenntnis zu setzen und eventuelle Nachfolgerwünsche Deutschlands entgegenzunehmen. Dufour-Feronce befindet sich zurzeit in Berlin.

SPD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm am Freitag einen Antrag Diétz (Z) und Sollmann (Soz) an, der die äusserste Grenze für die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts festsetzt. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Verlängerung oder eine Verkürzung dieser Polizeistunde festsetzen. Anzuhören sind vorher die Wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gastwirtsgewerbes. Der Ausschank von geistigen Getränken in Gast- und Schankstätten, sowie der Kleinhandel mit geistigen Getränken darf nicht vor 7 Uhr früh beginnen. Gegen den Antrag hatten die Preussische und die Bayerische Regierung lebhaftes Bedenken geltend gemacht.

Frau Abg. Schulz (Soz) und Sollmann (Soz) verlangten eine frühere Polizeistunde, vor allem mit Rücksicht auf die Angestellten im Gastwirtsgewerbe und auf diejenigen Einwohner, deren Nachruhe durch das späte Gasthausleben gestört wird. Abg. Köster (Wirtschaftspartei) hatte die Streichung der Polizeistunde im Gesetz beantragt, er blieb aber mit diesem Antrag allein.

SPD. Madrid, 14. Febr. (Eig. Drahtber.)

Mehrere tausend Arbeitslose veranstalteten am Donnerstag=Abend in Madrid eine grosse Strassenkundgebung, in deren Verlauf es zu mehreren heftigen Zusammenstössen mit der Polizei kam. Die Polizei versuchte die Demonstranten zu hindern, vor das königliche Schloss zu ziehen. Auch in den Arbeitervororten von Madrid kam es zu Unruhen und sogar zu Plünderungen.

In Barcelona riefen Studenten schwere Zwischenfälle mit einer Protestdemonstration gegen den augenblicklichen Zivilgouverneur der Stadt hervor. Ein Dutzend Studenten wurde verhaftet.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss und der Haushaltsausschuss des Reichstags begannen am Freitag in gemeinsamer Sitzung mit der Beratung der Younggesetze. Den Vorsitz der kombinierten Sitzung führt Abg. Heimann (Soz.). Es sollen täglich 2 Sitzungen abgehalten werden.

Die Verhandlungen begannen mit einem grossangelegten Exposé des Reichsaussenministers Dr. Curtius über die Höhe der Reparationszahlungen. Es sei unrichtig, so betonte der Minister, dass Deutschland die interalliierten Schulden an die Vereinigten Staaten übernommen habe. Deutschland sei lediglich zur Zahlung der Annuitäten verpflichtet; wie die Gläubiger die Beträge verwenden,ginge Deutschland nichts an. Es bestehe jedoch eine besondere Vereinbarung für den Fall, dass Amerika seinen Gläubigern einen Nachlass gewähre, dann müsse dieser Nachlass auch Deutschland zugute kommen. Der Gegenwartswert der Reparationszahlungen betrage rund 34,5 Milliarden Mark. Man könne nicht einfach die Annuitäten zusammenzählen und dann durch die Zahl der Jahre dividieren. Das sei eine falsche Methode, die falsche Endziffern ergebe. Ein Landwirt, der eine Hypothek von 34 500 Mark aufgenommen habe, sie mit 5,5 % verzinsen und in 58 Jahren tilgen müsse, sei nicht, wie eine einfache Addition ergebe, mit 113 500 Mark belastet, sondern nur mit 34 500 Mark. Wenn man nach dieser falschen Methode die Dawesbelastung zusammenzähle und dabei den Wohlstandsindex berücksichtige, so komme man auf 169 Milliarden Mark gegenüber 116 Milliarden Mark beim Youngplan. Der Gegenwartswert des Youngplanes betrage 34,5 Milliarden, der des Dawesplanes jedoch 49 Milliarden. Die Durchschnittsannuitäten beim Youngplan machten 2 000 Millionen Mark aus, die des Dawesplanes 2 736 Millionen Mark.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) ist der Meinung, dass die interalliierten Schulden bei der deutschen Youngbelastung eine weit grössere Rolle spielten als der Minister zugebe. Im übrigen bemängelt der Redner das Verfahren bei den Sachlieferungen. Abgeschlossene Sachlieferungsverträge, auf deren Zustandekommen die deutschen Unternehmungen im Maschinen- und Schiffsbau Millionenbeträge verwandt haben, seien im französischen Finanzministerium abgebremst worden. Dr. Reichert fragt ferner, ob beabsichtigt sei, mit der Ausmünzung des Goldes zu beginnen und Goldgeld in Umlauf zu setzen. Abg. Hoetsche (Christl. Nat. Arbg.) betont, dass nachdem nun einmal eine tatsächliche Verbindung zwischen Reparationsverpflichtungen und den interalliierten Schulden hergestellt sei, eine formelle Verbindung von Vorteil gewesen wäre. Abg. Dr. Klönne (Christ. Nat. Arbg.) lehnt den Youngplan ab, obwohl der Dawesplan schwerer sei. Der Youngplan schneide die Revisionsmöglichkeiten hinsichtlich der deutschen Zahlungen ab. Demgegenüber wies Abg. Dr. Dernburg (Dem) darauf hin, dass der Youngplan nur eine Etappe auf dem Weg der Reparationsregelung darstelle. Dr. Bredt (Wt. Pt.) ist der Meinung, dass Deutschland alle Ursache hätte, auf den Zusammenhang zwischen den deutschen Reparationsverpflichtungen und den interalliierten Schulden an Amerika hinzuweisen. Notwendig sei auch, mit Frankreich in ein solches Verhältnis zu kommen, dass ein deutsches Moratorium mit einem französischen gegenüber Amerika zusammenwirke. Abg. Bernhard (Dem.) wies den Vorwurf zurück, dass die Regierungsparteien "zahlungsfreudig" wären.

Abg. Heinig (Soz.) erklärt, dass die ganze Diskussion ins Luftleere ziele. Die Abhandlungen über die theoretischen Probleme brächten uns keine Klarheit über den Kern der Frage, nämlich über die Frage der Lastenverteilung. Deutschland habe leider den Krieg verloren und müsse die Hauptlast des Krieges tragen. Daran werde es nicht vorbeikommen, schon deshalb nicht, weil auch die früheren Kriegsgegner, die sogenannten Sieger, Kriegslasten auf ihren Schultern zu schleppen hatten.

Auf Antrag des Grafen Westarp (Dn.), die deutschen Mitglieder des Pariser Sachverständigenausschusses zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius, dass die Regierung eine solche Massnahme nicht für erforderlich halte. Der Antrag Westarp wurde schliesslich abgelehnt. Die deutschen nationalen Mitglieder des Ausschusses kündigten dann zwei Anträge an, in denen die Regierung ersucht wird, mit eingehender Begründung zu erklären, ob sie die Zahlungen des Pariser Plans für dauernd durchführbar halte, das darüber von den deutschen Sachverständigen in Paris abgegebene Gutachten mit den dazu aufgestellten Unterlagen mitzuteilen und durch eine ausdrückliche Erklärung Deutschland das Recht vorzubehalten, die Revision des Youngplanes mit dem Ziel einer Herabsetzung der deutschen Leistungen im Falle seiner Undurchführbarkeit zu fordern. Die Verhandlungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

SPD. Amsterdam, 14. Februar (Eig. Drahtber.)

Der am Freitag fast während des ganzen Tages an der holländischen Küste herrschende dichte Nebel zeitigte verschiedene Schiffsunfälle. Bei Vlissingen erlitt ein englischer Dampfer Maschinenschaden und musste Schleppboothilfe in Anspruch nehmen. Bei West-Kapelle strandete ein Fischdampfer und wurde leck. Ein Mann der Besatzung wurde über Bord geschleudert, konnte aber noch rechtzeitig gerettet werden. Bei Ymuiden stiess der holländische Dampfer "Seelöwe" mit einem deutschen Fischdampfer zusammen, der schwer beschädigt wurde. Sowohl im neuen Wasserweg bei Rotterdam, wie auch im Amsterdamer Nordseekanal blieben die Schiffe liegen, um Zusammenstösse zu vermeiden. Der Luftverkehr wurde aufrecht erhalten.

SPD. Genf, 14. Februar (Eig. Drahtber.)

Aus einer Aufstellung des Völkerbundssekretariats ergibt sich, dass im Jahr 1929 34 neue Schlichtungs- oder Schiedsgerichtsverträge im Sekretariat registriert wurden, gegenüber 15 im Jahre 1928 und sechs im Jahre 1927. Die Vereinigten Staaten sind an 20 der registrierten Verträge beteiligt, Deutschland an vier. Elf der Verträge sehen nur ein Schlichtungsverfahren vor, die übrigen 23 auch eine schiedsgerichtliche Erledigung. Die Verträge der Vereinigten Staaten nehmen das Schiedsgericht nur für rechtliche Streitigkeiten an und enthalten viele Ausnahmen und Vorbehalte. Insgesamt sind bis Ende 1929 130 Verträge für die friedliche Erledigung von Staatsstreitigkeiten beim Völkerbund registriert worden.

SPD. Sofia, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Freitag überfielen unbekannte Angreifer, vermutlich Emigranten, die bulgarische Grenzstation Mokresch, wobei sich ein heftiges Feuergefecht entwickelte. Als die benachbarte Grenzwache herbeieilte schleuderten die Angreifer Bomben in das Postenhaus und wichen in der Richtung nach der Grenze zurück. Das Wachgebäude wurde fast völlig zerstört; Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Am Freitag wurde das serbisch-bulgarische Grenzabkommen unterzeichnet, durch welches der normale Grenzverkehr wieder hergestellt wird.

SPD. London, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Veröffentlichung des französischen Memorandums hat die Stimmung auf der Flottenkonferenz ausgesprochen ungünstig beeinflusst. Trotzdem auf französischer Seite die Forderungen Frankreichs als elastisch bezeichnet werden, war man in nichtfranzösischen Kreisen am Freitag recht pessimistisch.

Die Besprechungen zwischen MacDonald und den Franzosen am Freitag drehten sich hauptsächlich um die Klärung von Einzelheiten des französischen Memorandums. Die Italiener verbrachten den ganzen Tag in Beratungen über die französischen Forderungen. Das französische Memorandum hat die Konferenz-Atmosphäre sichtlich politisiert. Während man bisher die Flottenfragen an und für sich beraten hat und politische Gesichtspunkte nur insofern mitgespielt haben, als sie die Stellungnahme der einzelnen Mächte zu den einzelnen Problemen der Abrüstung zur See direkt beeinflussten, hat nach allgemeiner Auffassung das französische Memorandum politische Momente allgemeiner Natur in die Diskussion geworfen. Man scheint in Konferenzkreisen mehr und mehr zu der Auffassung zu gelangen, dass eine rein technische Erörterung und Festsetzung von Methoden der Tonnageberechnung und Tonnageziffern zu keinem Ergebnis führen wird. Wenn gewisse Anzeichen nicht täuschen, so beschäftigt man sich augenblicklich hinter den Kulissen mit der Frage der Zweckmäßigkeit eines politischen Abkommens, um Frankreich zu einer Ermässigung seiner Forderungen zu veranlassen und den Italienern einen Ausweg aus ihrer schwierigen Lage zu schaffen. Gerüchte wollen wissen, dass alles auf eine Garantie der Seemächte an Frankreich und Italien für den Fall eines Angriffes zur See hinauslaufen werde. In französischen Kreisen scheint man der Meinung zu sein, dass ein solches politisches Abkommen die inzigste Möglichkeit darstelle, um den Zusammenbruch der Konferenz zu vermeiden.

In einem, dem französischen Memorandum gewidmeten Artikel betont der "Daily Herald", man könne sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die französischen Forderungen einen schweren Schlag gegen die Konferenz darstellten. Das Blatt der Arbeiterpartei betont, dass Frankreich das einzige Land sei, das einer Sperrfrist für Schlachtschiffe Widerstand leiste. Frankreich führe den deutschen Panzerkreuzer als Entschuldigung an und dies, trotzdem es für den ganz und gar unwahrscheinlichen Fall eines Angriffes durch Deutschland unter den Locarno-Verträgen die gesamte britische und italienische Flotte gegen den einzigen modernen deutschen Kreuzer zur Verfügung haben würde. - Tardieu hat sich am Freitag in Begleitung Briands nach Paris begeben.

SPD. Rotterdam, 14. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des niederländisch-britischen Petroleum-Konzerns Koninklijke Shell, Henry Deterding, erklärt im Neuen Rotterdamer Curant über seine Beziehungen zu dem verstorbenen General Hoffmann, dass er häufig mit Hoffmann gesprochen und ihn sehr gut gekannt habe. General Hoffmann habe es, als die Folgen der Durchlassung von Lenin nach Russland deutlich geworden seien, für die Pflicht eines jeden einschliesslich der deutschen Regierung gehalten, der

grossen Gefahr des Bolschewismus für die gesamte Kulturwelt rechtzeitig entgegenzutreten. Während seines Aufenthaltes in Russland habe Hoffmann der deutschen Regierung nahe gelegt, wieder Ordnung zu schaffen, da er die nötigen Soldaten zur Verfügung hätte. Deterding schliesst seine Erklärung mit den Worten, dass er nur wenige solche selbstlosen Menschen wie General Hoffmann kennen gelernt habe.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat am Freitag seine Beratungen über den Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes beendet. Wesentliche Forderungen der Arbeitnehmer sind bei den Abstimmungen nicht genügend berücksichtigt worden. So wurde ihre Forderung, die Regelung der den Bergbau betreffenden Fragen im Arbeitsschutzgesetz vorzunehmen, abgelehnt; ebenso die Schaffung einheitlicher reichsgesetzlicher Bestimmungen.

In der Frage der Berechnung des Entgelts wurde nach Ablehnung der Bezahlung nach Gewicht in einer Entschliessung nur der Grundsatz der Bezahlung des Fördergutes nach Gewicht anerkannt. In der Arbeitszeitfrage beschränkt der Entwurf die Dauer der Arbeit auf $7\frac{1}{2}$ Stunden; er lässt jedoch die Möglichkeit einer Verlängerung zu. Die Arbeitnehmer verlangten kürzere Schicht- bzw. Arbeitszeit für die Arbeiten unter Tage. Die Arbeitgeber waren für die Beibehaltung der achtstündigen Schichtzeit. Die von beiden Seiten eingereichten Anträge fanden keine Mehrheit. Abgelehnt wurden ferner die Anträge der Arbeitnehmer, wonach an Betriebspunkten mit einer Temperatur von über 32 Grad Celsius eine weitere Verkürzung der Schichtzeit eintreten müsse. Die Arbeitnehmerforderung, die an der Förderung beschäftigten Arbeiter über Tage in der Dauer der Schichtzeit gleichzustellen mit der der untertage beschäftigten Arbeiter wurde angenommen; desgleichen ein Antrag der Arbeitgeber, das Verfahren von Überschichten statt Überstunden für die übertage beschäftigten Arbeiter zuzulassen. In der Jugendschutzfrage drang nur die Forderung der Arbeitnehmer auf Verbot der Beschäftigung Jugendlicher unter 18 Jahren an Betriebspunkten mit einer Temperatur von über 28 Grad Celsius durch und ebenso ihre Forderung, die Unterrichtszeit an Berufs- und Fortbildungsschulen als Arbeitszeit zu betrachten. Eine einheitliche Reichsarbeitsaufsicht hielten die Arbeitgeber nur im Rahmen einer allgemeinen Verwaltungsreform für möglich. Die Abteilung III (Vertreter der Verbraucherschaft und der freien Berufe) anerkannte die Zweckmässigkeit einer einheitlichen Gestaltung der Arbeitsaufsicht und wünschte ihre baldige Verwirklichung. Ihre Entschliessung fand eine schwache Mehrheit.

+ + +
Im Interesse der Fortbildung der gewerblichen und der kaufmännischen Jugend ersucht der Sozialpolitische Ausschuss die Reichsregierung in einer einstimmig angenommenen Entschliessung, in Verhandlungen mit den ausserdeutschen Staaten einzutreten, damit die bestehende Beschränkung der Freizügigkeit gemildert und dem Nachwuchs im Alter bis zu 30 Jahren die Berufsbildung in anderen Ländern ermöglicht wird.

SPD. Pittsburg, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

In Pittsburg kam es am Freitag wiederum zu blutigen Zusammenstössen zwischen 1500 streikenden Autodroschken-Chauffeuren und Streikbrechern. Das Zentrum der Stadt glich einem regelrechten Schlachtfeld. Die Polizei blieb mittels Tränengas Sieger. 86 Personen wurden verletzt, darunter 10 schwer. Der gesamte mit Streikbrechern betriebene Taxiverkehr wurde wegen der wachsenden Spannung eingestellt.

SPD. Leipzig, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich befasste sich am Freitag mit der Klage mehrerer preussischer Splittergruppen über die Gültigkeit des preussischen Landeswahlgesetzes. Die Verhandlungen, die den ganzen Tag über dauerten, wurden abends 7 Uhr auf Sonnabend 9 Uhr vertagt. Das Urteil ist nicht vor Montag zu erwarten.

SPD. Paris, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kohlengrube von Rive de Giers hat sich ein schweres Einsturzungs ereignet. In der Nacht zum Freitag stürzte ein Teil eines Schachtes in einer Länge von 4 bis 5 Metern ein. Die Einsturzstelle ist 70 bis 80 Meter vom Schachteingang entfernt und hat 15 Arbeiter von der Aussenwelt abgeschnitten. Zum Glück blieb die Luftröhre unbeschädigt, die zur Einführung der komprimierten Luft in den Schacht dient, sodass die abgeschnittenen Arbeiter ausserhalb jeder Erstickungsgefahr sind. Es gelang auch, durch die Luftröhre Nahrungsmittel und Erfrischungen in kleinen Quantitäten in den Schacht zu befördern, und die Röhre als Sprachrohr zu benutzen, um sich mit den Verschütteten zu verständigen und sie über die Fortschritte der Befreiungsarbeiten zu unterrichten.

SPD. Insterburg, 14. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nachmittagssitzung des Pletschkaitis-Prozesses erklärt der Hauptzeuge, Kriminalkommissar Abt, dass bei den Angeklagten Schriftstücke gefunden wurden, aus denen hervorgeht, dass sie eingehende Erkundigungen über den litauischen Polizeidienst an der Grenze eingezogen haben, z.B. über Ortsstand und Stärke der Posten, Zeit des Postenwechsels, Namen und Charakter der Polizeibeamten usw. Pletschkaitis fragt, ob es notwendig sei, dass diese Angelegenheiten erörtert werden. Er befürchte, dass litauische Personen durch diese Erörterungen Unannehmlichkeiten haben könnten, da litauische Beamte im Zuhörerraum anwesend seien. Als der Vorsitzende dennoch weitere Fragen an ihn stellt, verweigert er die Antwort. Auf die Frage eines Rechtsanwalts sagt der Zeuge Abt aus, dass die gefundenen Schriftstücke keine Daten getragen haben, jedoch sei er der Ansicht, dass sie für die Angeklagten aktuelle Bedeutung gehabt haben. Die Dokumente sprächen dafür, dass die Angeklagten ein Loch in dem litauischen Grenzschutzdienst feststellen wollten, um hindurchschlüpfen zu können.

Der Sachverständige Regierungsrat Dr. Haid von der chemisch-technischen Reichsanstalt in Berlin macht Angaben über die Beschaffenheit der bei den Angeklagten gefundenen Handgranaten und Sprengstoffe, die auch im deutschen Bergbau verwendet werden. Sie stammen jedoch nicht aus Deutschland, sondern wahrscheinlich aus Litauen oder Polen. Sie waren mit brisantenähnlichen Stoffen gefüllt, deren Verwendung ohne behördliche Erlaubnis nach dem Sprengstoffgesetz verboten ist. Der Sachverständige erklärt, die Sprengwirkung der Bomben sei keineswegs stärker als die der Handgranaten. Bei einer Entzündung sollen höchstens Türfüllungen herausgedrückt werden können. Die Handgranaten seien in Fabriken, die Bomben behelfsmässig hergestellt worden. Ein Eisenbahnattentat hätte mit den Bomben nicht erfolgreich durchgeführt werden können. Überraschend wirkt die Feststellung, dass nur zwei Bomben und zwei Handgranaten untersucht worden sind. Der Inhalt der anderen steht nicht fest. Rechtsanwalt Schandau bezweifelt deshalb die Identität der untersuchten mit den gefundenen Bomben. Das Gericht beschliesst, nähere Feststellungen darüber treffen zu lassen.

Die Aussagen der Landjäger, welche die Angeklagten festnahmen, sind sehr unbestimmt. Bald wollen sie sechs, bald acht Angeklagte festgenommen haben. Auf ihre Widersprüche aufmerksam gemacht, werden sie sehr erregt oder widerrufen vorher gemachte Angaben.

Aus aller Welt

Die Tragödie des Vatermörders.

Die Geliebte des Spezereihändlers - Ein missratener Sohn - "Mesalliance"
Der Schuss beim Mittagessen.

SPD. Schwurgerichtssaal in Paris! Zwei weibliche Advokaten plädieren. Eine von ihnen vertritt George Legay, den Angeklagten. Er ist etwa 25 Jahre alt, Vater eines zwölf Monate alten Säuglings den die Mutter und Frau des Beschuldigten auf den Armen wiegt. Legay hat im Juni vorigen Jahres kalt und unbarmherzig seinen Vater erschossen. Die Geschworenen verurteilten ihn dafür zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Wie sich die Tat vollzog, welche Ursachen?

Vater Legay ist vor dem Krieg Stadtrat in Verdun. Der Krieg verjagt ihn aus der Heimat in die Nähe von Paris. Hier betreibt er einen sehr gut gehenden Spezereihandel. Er kann sogar eine Kriegerwitwe mit ihrem Kind, die ihm zur Geliebten wird, in sein Haus aufnehmen, nachdem der Sohn Legay ihr Angebot zurückgewiesen hat. Dieser Sohn! Im Kriege aufgewachsen, nichts gelernt, die Füße immer unter dem Tisch des Vaters. Ein verwöhnter, schwächlicher und zu keinem Beruf tauglicher Mensch und Charakter. Liebesverhältnis mit der Tochter eines französischen Offiziers, das nicht ohne Folgen bleibt. Heirat! Die Offiziersfamilie nennt es eine Mesalliance für ihre Tochter, den Sohn eines Krämers zu ehelichen. Die Krämersfamilie sagt es ebenfalls. Denn sie hat Geld und die Schwiegertochter bringt keine Mitgift. Das junge Paar wohnt anfänglich bei den Schwiegereltern Legay. Die spotten über die mittellose Schwiegertochter, zwar trinken die Schwiegerväter manches Glas Wein zusammen, aber bis zur Abtretung des Geschäfts an das junge Paar ist noch weit.

Streit und Zank lassen den jungen Legay und seine Frau nach Paris ziehen. Georg kann sich aber nirgends beruflich durchsetzen. Er wird arbeitslos, geldlos, brotlos. Das Schicksal ist umso schlimmer, als die junge Frau in Wochen kommt. Vater Legay gibt nichts mehr. Der Sohn sieht alles Unglück in der Kriegerwitwe, er hasst sie, besorgt sich einen Revolver und sagt zu seiner Frau: entweder muss ich die Welt verlassen oder der Vater und seine Geliebte. Er geht nach Hause, sitzt mit seinen Angehörigen beim Mittagessen, zieht den Revolver, erschiesst den Vater und verwundet die Kriegerwitwe.

Zwei Tage lang werden all diese Szenen vor Gericht aufgerollt. Die Schwiegereltern des Vatermörders, seine Freunde und seine junge Frau zeugen für ihn mit allen Mitteln und häufen alle Schuld und Schande auf den toten Vater. Die Mutter und die Kriegerwitwe nehmen den Erschossenen in Schutz. Wie ein Stein steht diese Mutter im Saal, kein Sohn, kein Enkel kann sie erweichen. Sie fordert nur eins: Rache! Unerbittliche Bestrafung. "Ich habe keinen Sohn, ich kenne nur den Mörder meines Mannes!" "Barbarenmutter!" schreit die Schwiegertochter, ihr Kind auf den Armen tragend, "seid Ihr überhaupt eine Mutter, die Ihr vom Gericht das Schaffot für Euren Sohn verlangt?" Der Präsident muss die Aufgeregte durch drei Gerichtsdienner aus dem Saal bringen lassen.

Der Staatsanwalt hält lebenslängliches Zuchthaus für eine ausreichende Sühne. Das Urteil lautet entsprechend. Wie üblich, wird der Angeklagte ausserdem verurteilt, der Witwe des Getöteten, seiner Mutter, einen Franc Busse zu bezahlen. Das Schmerzensgeld der Kriegerwitwe wird später von einem Zivilgericht bestimmt.

Wie ein Rache Gott verlässt Frau Legay den Sitzungssaal. Kein Blick für den Sohn, der für immer im Zuchthaus verschwinden wird und den sie niemals wiedersieht.

+ + +
Fünfzehn Jahre Zuchthaus für Axelsen. Seemann Axelsen, der beschuldigt ist, Anfang November 1922 in Buenos Aires mit zwei Komplizen zwei argentinische Händler ermordet und beraubt zu haben, wurde vom Schwurgericht Lüneburg wegen schweren Raubes in Tateinheit mit Tötung zu 15 Jahren Zuchthaus und zehnjähriger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Im wesentlichen stützt sich das Urteil des deutschen Gerichts auf argentinische Protokolle und auf Briefe, die Axelsen an das Deutsche Konsulat in Argentinien schrieb und in denen er ein Geständnis ablegte. Bei der Lüneburger Verhandlung behauptete Axelsen seine Unschuld. Die Verteidigung, Rechtsanwalt Dr. Frey, wird gegen den Beschluss des Schwurgerichts Revision einlegen.

+ + +
Höllmaschine auf der Eisenbahn. Im New Yorker Stadtteil Bronx fand man auf dem Bahnkörper der New Yorker Zentraleisenbahn eine Höllmaschine. Sie bestand aus einer Metallröhre, die 42 Dynamitpatronen enthielt. Die Maschine war in einer Holzkiste verpackt. Der Kontaktschuh einer elektrischen Lokomotive erfasste die Kiste und schleifte sie fünf Blockstellen weit mit. Glücklicherweise versagte der Zündungsmechanismus. Der Kontaktschuh zerriss die Verbindung der Höllmaschine mit der Stromschiene. Andernfalls hätte sich eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignet.

+ + +
Briketts um die Hälfte billiger? Eine neue Erfindung des Bergingenieurs Schimansky, über die die Geologische Landesanstalt in Berlin in den nächsten Tagen eine Denkschrift veröffentlichen wird, soll bewerkstelligen, dass aus Torf vollwertige, aber wesentlich billigere Briketts gewonnen werden können, als sie bisher der Braunkohlenbergbau herstellte. Bereits seit Jahren beschäftigt man sich in Deutschland mit zahlreichen Theorien zur besseren Ausnützung der Torfmoore. Insbesondere will man die Frage lösen, wie man diesen Brennstoff von seinem grossen Wassergehalt befreien kann. Die bisher aus Torf gewonnenen Briketts besitzen zwar einen hohen Heizwert, sind aber aussergewöhnlich teuer. Schimanskys Verfahren will das Wasser aus dem Torf im gefrorenen Zustande abpressen, Fachleute wenden ein, dass sich mit Chemikalien wohl das Kolloidwasser, aber nicht das Zellwasser auf diese Weise entziehen lässt. Es sind infolgedessen noch die Ergebnisse einer grösseren Reihe praktischer Versuche abzuwarten, ehe sich endgültig sagen lässt, ob Deutschland die 38 Milliarden Kubikmeter Torf, die es zur Verfügung hat, rationell für die Brennstoffversorgung wird ausnutzen können. Vorläufig hat jedenfalls der Reichskohlenrat nach eingehender Prüfung der Unterlagen eine Unterstützung des Verfahrens abgelehnt, hält aber eine spätere Rentabilität nicht für unmöglich. Nach Schimanskys Berechnungen soll die Industrie dahin kommen, dass 10 000 Kilogramm hochwertiger Torfbriketts für 135 Mark geliefert werden können, während heute 10 000 Kilogramm Lausitzer Briketts 277,50 Mark kosten.

+ + +
Radio in der Eisenbahn. Die französische Staatsbahn hat jetzt zum ersten Male auf der Strecke Le Havre - Paris die Rundfunkübertragung für Eisenbahnzüge ausprobiert. Der Versuch ist ausgezeichnet gelungen. Als Erstes hörte man eine Ansprache des Präsidenten Doumergue, danach ein Konzert. Die Staatsbahn will nunmehr auf sämtlichen Strecken die Schnellzüge an den Rundfunk anschliessen. Über jedem Sitz soll ein Kopfhörer angebracht werden, der zum Preise von zwei Mark während der Fahrtdauer von den Reisenden gemietet werden kann.

+ + +
Kein Faschingszug in München. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage fällt in diesem Jahre der Münchener Faschingszug aus. Der notwendige Zuschuss war innerhalb der beteiligten Kreise nicht aufzubringen.

+ + +

Bierglasskandal gegen Landeweile. Nach Beendigung des Breslauer Sechstagesrennens, aus dem die Fahrer Van Kempen-Buschenhagen als Sieger hervorgingen, tobte sich das Publikum, weil ihm der Endkampf zu monoton verlieh, in einem beisspiellosen Skandal aus. Unter der Begleitmusik eines Pfeifkonzerts hagelte es Biergläser auf die Bahn. Das Siegerpaar verzichtete auf die Absolvierung der Ehrenrunde nach Beendigung des Rennens, in dem in 146 Stunden 3 517,540 Kilometer zurückgelegt wurden.

+ + +
Verjüngung nur auf Privatkosten? Die Zivilkammer am Landgericht II in Berlin prüfte die interessante Frage, ob eine Krankenkasse Verjüngungsoperationen zu bezahlen hätte, kam aber noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung. Ein über sechzig Jahre alter bekannter Berliner Sanitätsrat liess sich nach der Stejnach'schen Methode operieren. Zum Rechtsstreit kam es, weil die Vereinigte Krankenkassen A.G. die Tragung der Kosten ablehnte. In erster Instanz wurde der Sanitätsrat abgewiesen. Das Amtsgericht vertrat den Standpunkt, dass Alterserscheinungen keine Krankheit seien. In der Verhandlung vor dem Landgericht machte der Anwalt des Sanitätsrates geltend, dass die Operation gelungen sei. Schon aus prinzipiellen Gründen müssten solche Operationen zugelassen werden, zumal sie ja selbst im Interesse der Krankenkassen lägen, die doch viel lieber eine Radikalbehandlung bezahlen müssten, als die Behandlung aller möglichen Einzelkrankheiten denen ältere Personen normalerweise unterliegen. Der Vertreter der Krankenkasse konnte sich diesem Standpunkt nicht anschliessen. Das Gericht wird die weitere Beweiserhebung durch Vernehmung von sachverständigen Zeugen in aller Ausführlichkeit vornehmen.

+ + +
Mit hundert Jahren auf Fischfang. Der älteste Fischer Europas dürfte der an der bretonischen Küste Frankreichs lebende Maurice Nicolaus sein, der dieser Tage seinen 100jährigen Geburtstag feierte. Der Greis begnügt sich nicht damit, am Strand zu stehen, die Pfeife zu rauchen und ins Meer zu spucken, wie das seine um 30 und 40 Jahre jüngeren Berufskollegen tun, sondern sticht noch heute mit seinen Söhnen in See, um zu fischen.

+ + +
Die Jagd nach dem Gift. In München ist ein dreitägiger Opiumprozess beendet worden; vier Angeklagte wurden freigesprochen, zwei zu Geldstrafen und fünf zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre und drei Monaten verurteilt. Im Verlauf des Prozesses, in dem hochintelligente, aber vollkommen verelendete Menschen mit fieberglänzenden Augen und verstörten Gesichtern vor den Schranken des Gerichts standen, wurde von der Staatsanwaltschaft behauptet, dass der Missbrauch der Rauschgifte und die Verstösse gegen das Opiumgesetz in München unter der Einwirkung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugenommen hätten. Mit den Aerzten hätten Polizei und Staatsanwaltschaft insofern nicht durchweg gute Erfahrungen gemacht, weil viele Doktoren bei der Verschreibung "zur Entwöhnung" nicht gewissenhaft genug nachprüfen würden, ob ihre Patienten sich nicht gleichzeitig auch von anderen Aerzten Morphium verordnen liessen. Leider sei es auch nicht gelungen, die Herkunft der enormen Mengen Rauschgift, die im Jahre 1929 in München eingeschmuggelt wurden, festzustellen.

+ + +
Die Untersuchung des "München"-Wracks. Taucher haben das Wrack der im New Yorker Hafen ausgebrannten "München" untersucht und festgestellt, dass die Platten auf beiden Seiten des Schiffes unversehrt sind. An der Stelle, wo vermutlich die Explosion stattfand, fehlen 20 Nieten. Offenbar hat auch der Schiffsboden keinerlei beträchtlichen Schaden erlitten. Die Explosionsursache ist noch nicht bekannt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Vorschläge und Anschläge.

Um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung.

SPD. Kein Tag ohne Vorschlag - ohne Vorschlag zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung. Das ist kein gutes Zeichen; denn die Wahrheit ist einfach und nur die Hintergedanken sind kompliziert. In dem sinnverwirrenden Schauspiel sind oft die Rollen scheinbar völlig vertauscht. So bietet zum Beispiel der Reichsfinanzminister in seinem neuen Vorschlag eine Art Erweiterung der Selbstverwaltung der Reichsanstalt an, die die Sozialdemokraten ablehnen müssen. Auch eigenartige Fronten haben sich gebildet. So ist gegen die Gefahrgemeinschaft eine Abwehrfront entstanden, die die Arbeitnehmer und Arbeitgeber umfasst. Allein auch dieses Gebilde ist wie so vieles in dem Aufmarsch der Kräfte für und gegen die Sozialversicherung nur ein Trugbild. Die Arbeiterschaft muss auf der Hut sein; denn bei genauerem Zusehen entpuppt sich so mancher Vorschlag zur Sanierung als ein Anschlag zur Strangulierung der Arbeitslosen - und der gesamten Sozialversicherung.

Der Vorstand der Arbeitgebervereinigung hat die Gefahrgemeinschaft abgelehnt. Diese Ablehnung erfolgte bei der Vereinigung aus ganz anderen Gründen als bei den Gewerkschaften. Nach wie vor sieht die Vereinigung einen Ausweg nur in der von ihr seit Monaten geforderten "Reform" der Arbeitslosenversicherung, d.h. im Leistungsabbau. Auf diesen Leistungsabbau zielt im Kern auch der neue Vorschlag des Reichsfinanzministers, wonach die Reichsanstalt das Recht erhalten soll, den nach dem Verkauf von 250 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung noch verbleibenden Fehlbetrag selbst zu beschaffen. Dieses Recht bedeutet scheinbar eine Erweiterung der Selbstverwaltung; in Wirklichkeit ist es jedoch nur ein Hohn auf die Selbstverwaltungsidee, denn bei dem jetzigen Kräfteverhältnis geben im Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Reichsanstalt die Beamten den Ausschlag. Ueber den Vorschlag Moldenhauers liesse sich reden, wenn in der Arbeitslosenversicherung, wie es in der Verfassung eigentlich vorgesehen ist, die Versicherten einen massgebenden Einfluss hätten. Im Artikel 161 der Reichsverfassung heisst es: "Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter massgebender Mitwirkung der Versicherten." Ein solcher massgebender Einfluss der Versicherten existiert heute noch nicht in der Reichsanstalt. Der Effekt des Vorschlags des Reichsfinanzministers wäre daher praktisch nur eine Ausschaltung des politischen Einflusses der Arbeiter in der Gestaltung der Beitrags- und Leistungsfragen der Arbeitslosenversicherung und die Oeffnung eines Weges zum Leistungsabbau. Für diesen Zweck der Uebung kann sich die Arbeiterschaft unmöglich begeistern.

Die Gewerkschaften sind mit Recht gegenüber der Gefahrgemeinschaftsidee in all ihren Variationen im höchsten Grade misstrauisch; denn alle Belastungen der Sozialversicherungsträger, wie sie in den bis jetzt gemachten Vorschlägen vorgesehen waren, bedeuten eine Bedrohung des Wohnungsbaumarktes und der unmittelbaren Aufgaben der Sozialversicherung. Es ist bezeichnend, dass auch die Gemeinden gegenüber den Gefahrgemeinschaftsplänen warnend ihre Stimme erheben. Sie weisen darauf hin, dass eine neue Belastung der Sozialversicherungs-

träger die so dringend notwendige Ankurbelung des Wohnungsbaumarktes unmöglich macht und damit die Arbeitslosenkrise verschärft. Die Invalidenversicherung wäre bei einer neuen Belastung sogar gezwungen, die Heilverfahren einzuschränken. Auch das ist ein Moment, das ernsteste Beachtung verdient.

Nicht auf dem Weg einer Loslösung der Arbeitslosenversicherung von der unmittelbaren Reichshilfe kann die Sanierung erfolgen. Die Hilfe zur Linderung der Arbeitslosennot in Krisenzeiten des Arbeitsmarktes, wie wir sie jetzt haben ist eine Sache, die alle angeht. Die Hilfe der Volksgesamtheit kann aber nur auf dem Weg über das Reich, d.h. durch eine entsprechende Steuergestaltung erfolgen. Man könnte auch an ein Notopfer zur Linderung der Arbeitslosennot denken. Eine solche Krisenhilfe der Volksgesamtheit würde keine Beeinträchtigung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenunterstützung darstellen. Aber wie man sich hierzu auch stellen mag: Eins ist klar, eine, wenn auch verschleierte, Aufbürdung der mit der Arbeitsmarktkrise verbundenen Unterstützungslast auf die Sozialversicherung ist eine Unmöglichkeit. Sie hat nur Sinn für Leute, die der Sozialversicherung an den Kragen gehen wollen und die sich daher wenig Gedanken machen, wie das Reich eines Tages beim Steigen der Youngplanlasten und beim Sinken der Rücklagen der Sozialversicherung den Versicherungsträgern gegebene Versprechungen einlösen soll.

SPD. Eine neue Verschmelzungsbewegung ist, wie die Gewerkschaftszeitung in ihrer soeben erschienenen neuen Nummer (7) vom 15. Februar auf Grund einer Zuschrift mitteilt, bei den Leder-, Schuh- und Sattlerarbeitern im Gange. Vertreter der für diese Arbeitergruppen in Frage kommenden Verbände haben vor kurzem über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses beraten. Schon vor einer Reihe von Jahren hatten Gewerkschaftsversammlungen der beteiligten Organisationen Beschlüsse gefasst, in denen die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung und der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten an der Schaffung von Industrieverbänden mitzuarbeiten. Die Inflation und die darauffolgenden Kampfjahre hatten die Verschmelzungsfrage wieder in den Hintergrund gedrängt. Sie ist nunmehr von neuem aktuell geworden.

Für die Vorberatung waren von den einzelnen Verbänden Richtlinien ausgearbeitet worden, mittels deren jetzt dem ganzen Fragenkomplex nähergetreten wird. Man war sich einig in der Beibehaltung der sozialen Unterstützungseinrichtungen und in der Gestaltung der Beitragszahlung. In dem zu errichtenden neuen Verband soll vor allem die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft gesichert werden. Der Eigehart der verschiedenen Branchen und Berufsgruppen soll auch im neuen Rahmen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Eine engere Kommission aus je 3 Vertretern der beteiligten Verbände wird nunmehr ein provisorisches Statut ausarbeiten und den Vorständen zur Begutachtung unterbreiten. Die endgültige Beschlussfassung bleibt einer Urabstimmung vorbehalten. Bei der Abstimmung müssen von jedem Verband mindestens $\frac{3}{4}$ der Mitglieder beteiligen und hiervon $\frac{3}{4}$ für die Verschmelzung erklären.

SPD. Der Verband der Steinindustriellen Südwest-Sachsens hat den laufende Lohnstarif für die Pflasterstein- und Schotterbetriebe zu Ende Februar aufgekündigt. Er will die Löhne um 10 % abbauen. Die ersten Verhandlungen finden am 19. Februar statt. Beim Lohnabbau hat auch der Zentralverband der Steinarbeiter noch ein Wort mitzureden!

SPD. Der scharfe Arbeitskonflikt in Belfort, wo 8 000 Metallarbeiter aus-
gesperrt worden sind, ist nur ein Teil einer durch ganz Frankreich gehenden
Welle von Arbeitskämpfen. Zur Zeit befinden sich in Frankreich etwa 25 000
Arbeiter im Ausstand - eine für französische Verhältnisse beträchtliche Zahl.
Die Lohnbewegung ist die Folge einer von Woche zu Woche steigenden Teuerung.
Die Frage der Lebenshaltungskosten ist ein Thema, das täglich in jeder Zeitung
erörtert wird. Die Preise für Lebensmittel schnellen in geradezu unheimlicher
Weise in die Höhe; das gleiche gilt für die Gebrauchsgegenstände des täglichen
Bedarfs. Die Regierung hat eine Kommission zur Prüfung der Teuerung und zur
Erforschung ihrer Ursachen eingesetzt. Die den Erzeugern gezahlten Getreide-
oder Weinpreise stehen niedriger denn je, und der Grosshandel bemüht sich,
durch Statistiken nachzuweisen, dass er keine Schuld an der Teuerung trägt. Den-
noch steigen in den Läden, Restaurants und auf den Märkten die Preise rapid in
die Höhe. Zugleich steigen die Preise für die Verkehrsmittel, für Gas, Elektri-
zität und Wasser. Auch die Wohnungsmieten werden erhöht. Alles wird teurer
nur eins hält nicht gleichen Schritt mit der Preisentwicklung: der Arbeitslohn.

Kein Wunder, wenn jetzt eine Streikwelle das Land heimsucht. Ihr Ende ist
noch nicht abzusehen. Die Unternehmer zeigen gegenüber den Lohnforderungen eine
völlig unverständliche Haltung. Die Wirtschaftskonjunktur ist günstig. In Frank-
reich so gut wie keine Arbeitslosigkeit; Millionen fremder Arbeitskräfte werden
in den französischen Industrien beschäftigt. Die Unternehmer lehnen jedoch fast
überall Lohnerhöhungen schroff ab.

SPD. Im Kraftdroschkengewerbe wollen die Arbeitgeberverbände die Ent-
lohnung im wesentlichen von der Einnahme abhängig machen, die der Kraftdrosch-
kenführer bei der Ausübung seiner Tätigkeit erzielt. Die Gewerkschaften dage-
gen verlangen einen festen Mindestlohn. Dieser Streit grundsätzlicher Art spielt
zur Zeit in verschiedenen Arbeitskonflikten des Kraftdroschkengewerbes, vor al-
lem in Berlin und in Sachsen die Hauptrolle. Hierin liegt auch der Grund, warum
das Reichsarbeitsministerium den sächsischen Tarifstreit im öffentlichen Inter-
esse an sich gezogen hat.

Bei den Schlichtungsverhandlungen hat der Gesamtverband nachdrücklichst
daran festgehalten, dass jeder Kraftwagenführer das Recht hat, für die im Interes-
se des Arbeitgebers geleistete Tätigkeit einen von vornherein feststehenden
Mindestlohn zu beanspruchen. Als Mindestforderung wurde geltend gemacht, dass ei-
angemessener Garantierlohn unbedingt im Tarifvertrag zu verankern ist. Es kam
zu einem Schiedsspruch, durch den neben den Bestimmungen über Arbeitszeit, Be-
zahlung und Auslösung von Überstunden, Gewährung von Urlaub, Fortzahlung des
Lohnes in Krankheitsfällen auch die Lohnverhältnisse geregelt wurden. Der
Schiedsspruch sieht vor, dass die Führer von Mietwagen (ohne Fahrpreisanzeiger)
festen Lohn zu erhalten haben. Dieser soll in Ortsklasse A 48 Mark, B 45 Mark
und C 42 Mark betragen. Für Führer von Kraftdroschken mit Fahrpreisanzeiger soll
pro Schicht ein Grundlohn in Höhe von 5,30 Mark in Ortsklasse A, 4,80 in B und
4,30 in C festgesetzt werden. Ferner soll der Fahrer in allen Ortsklassen 15 %
seiner Einnahme erhalten. Zur Ortsklasse A zählen alle Mittelstädte wie Bautzen,
Freiberg, Zittau, Zwickau usw. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonnabend, den 15.
Februar.

Die sächsischen Grosstädte, für die besondere Tarifverträge bestehen, werden
von dem Tarifstreit nicht berührt.

Abschluss der Reichsbank.

Wieder starke Reservenbildung. - Die erhöhten Portokosten der Bank.

SPD. Bei weiter gestiegenem Umsatz und weiter gestiegenen Rohgewinnen weist die Reichsbank für das Jahr 1929 einen Reingewinn von 25.588 Millionen Mark aus gegenüber 25,377 Millionen Mark im Vorjahr. Schon die Uebereinstimmung der Reingewinne beweist, dass die Reichsbank ihrer alten Politik, stille Reserven in grösstem Umfang zu schaffen, treu geblieben ist. Angesichts der Finanzmisere des Reiches wäre zu überlegen, ob nicht die Reichsbank einmalig mit einem grösseren Betrag aus ihren Reserven zur Deckung des Defizits heranzuziehen ist. Diese Forderung erscheint durchaus berechtigt, weil die Verteilung des Gewinns für 1929 noch nach dem alten Schlüssel erfolgt, der das Reich sehr benachteiligt. Von dem Reingewinn erhält das Reich diesmal 5,324 Millionen Mark (im Vorjahr 5,239). Auf die Aktionäre entfallen 15,147 Millionen Mark (im Vorjahr 15,062 Mill. Mark). Dem Reservefond für künftige Dividendenzahlungen werden 412 000 Mark zugeführt; im Vorjahr waren es 328 000 Mark.

Das verflossene Geschäftsjahr bei der Reichsbank ist nicht allzusehr von der rückläufigen Bewegung in unserer Wirtschaft beeinflusst worden. Die heruntergeschraubte Beanspruchung des Reichsbankkredits durch die Wirtschaft machte sich erst spät geltend und fällt nur zum kleinen Teil in das verflossene Geschäftsjahr. Daraus erklärt sich der im Jahre 1929 weiter gestiegene Umsatz und das Anwachsen der anderen Posten:

	<u>1927</u>	<u>1928</u>	<u>1929</u>
	(in Millionen Mark)		
<u>Gesamtumsatz</u>	729 930	819 906	911 471
<u>Gesamteinnahmen</u>	149	157,6	170,21
Davon Gewinne aus Wechseln und Schecks	130,7	138,2	148
<u>Gesamtausgaben</u>	123	132,2	144,6
Davon sind:			
Verwaltungskosten	75	87,5	88,97
Rückstellungen	47,9	38,7	55,7
<u>Reingewinn</u>	26	25,3	25,6
<u>Dividende</u>	12 %	12 %	12 %

Das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben gibt für die Beurteilung der Geschäftsführung bei der Reichsbank keinen Anhalt, weil in den Ausgaben der Reichsbank bekanntlich starke Reserven stecken. Da sind zunächst mal die Verwaltungskosten, die bei der Reichsbank von jeher Reservefett enthalten. Es liegt die mal nur eine Steigerung von 87,5 Millionen auf 88,9 Millionen vor, während sie sich vom Jahre 1927 auf das Jahr 1928 von rund 75 auf 87,5 Millionen Mark erhöhten. Damals erklärte die Reichsbank die empfindliche Steigerung durch die im Oktober 1927 durchgeführte Besoldungsreform und die vorgenommenen Neuerungen im Giroverkehr. Im Jahre 1929 hat sich nun die Belegschaft bei der Reichsbank (Beamten, Angestellte und Arbeiter) von 9 885 im Ende des Jahres 1928 auf 9 841 am Ende des Berichtsjahres vermindert. (Die Belegschaft machte am Schluss des Jahres 1927 9 938 aus.) Der Rückgang ist nicht beträchtlich, reicht aber aus, um die Steigerung der Personalausgaben zu stoppen. Die Reichsbank erklärt

dann auch die gestiegenen Verwaltungskosten ausgerechnet mit vermehrten Ausgaben für Porto usw. Hoffentlich hat die Versendung des Schacht'schen Memorandums nicht die erhöhten Portokosten verschuldet, wobei wir unverbindlich die Frage anschnitten, ob diese Kosten von Herrn Schacht persönlich oder von der Reichsbank getragen werden. Selbstverständlich stecken auch diesmal in den Verwaltungskosten ganz erhebliche stille Reserven, da ja auch im verflossenen Jahr die Rationalisierung des Betriebes, insbesondere die Mechanisierung, weitergetrieben worden ist.

In der Gewinn- und Verlustrechnung hat sich die Ausgabenseite gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Die Rücklage für Neubauten, die im vorigen Jahr ziemlich hoch mit 18,73 Millionen Mark eingesetzt war, ist diesmal in ein Konto für ausgeführte Bauten in Höhe von 5,1 Millionen Mark umgewandelt worden. Für die Anfertigung von Banknoten werden 4,6 Millionen gegenüber 5,99 Millionen Mark im Vorjahr zurückgestellt. Die stark überhöhte Rückstellung für Notenneudruck (für 1928 = 10 Millionen Mark) fällt fort. Dagegen ist der schon im Vorjahr äusserst reichlich bedachte Delkrederefond von 10 Millionen auf 15 Millionen Mark erhöht worden. Neu erscheint eine Rücklage zwecks Erhöhung des Grundkapitals im Betrage von 31 Millionen Mark. Die Summe wird bekanntlich dazu verwendet, um die an die Aktionäre zu vergebenden Gratisaktien zu bezahlen.

Der unbelastete Goldbestand der Reichsbank hat sich von 2,727 Milliarden Mark Ende Dezember 1928 auf 2,283 Milliarden Mark im Dezember 1929 gesenkt. Die Verminderung der Goldbestände erfolgte im Zusammenhang mit der im Frühjahr während der Pariser Verhandlungen einsetzenden Kapitalsflucht aus Deutschland. Die Bank hat die Scharfen im Jahre 1929 nicht ausweiten können; sie bezahlt die Flucht aus der Mark, an der der Reichsbankpräsident durch seine unbegreifliche Haltung in Paris selbst mitgewirkt hat, mit einem Goldverlust von fast 450 Millionen Mark. Der Devisenbestand (d.h. die zur Deckung der Währung benutzten Devisen) steigerte sich von 155 Millionen Mark Ende 1928 auf 403 Millionen Mark Ende 1929. Selbst wenn man die Steigerung der Deckungsdevisenbestände berücksichtigt, verbleibt für das Jahr 1929 aus der Kapitalsflucht ein Passivsaldo von fast 200 Millionen Mark.

Die im Bankgesetz vorgeschriebene Notendeckung betrug Ende Dezember 1928 durch Gold allein 55,4 % und durch Gold und deckungsfähige Devisen 58,55 %, Ende Dezember 1929 = 45,3 % bzw. 53,3 %. Wenn das veränderte Deckungsverhältnis auch selbstverständlich keinen Anlass zu Befürchtungen hinsichtlich der Währungsfestigkeit sein kann, ist die Abnahme immerhin ein mit der Kapitalsflucht verbundener Schönheitsfleck.

Der Zahlungsmittelumlauf hat zugenommen und zwar steigerte er sich von 6,082 Milliarden im Januar 1929 auf 6,618 Milliarden im Dezember 1929. Er machte Dezember 1927 = 6,304 Milliarden und Januar 1928 = 5,884 Milliarden aus.

SPD. Das abgelaufene Jahr scheint sich für die grossen Reedereien, wie bereits der Abschluss der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gezeigt hat, gelohnt zu haben. Der Norddeutsche Lloyd, der bereits im Vorjahr seine Dividende um 1 % erhöhte, weist für das Jahr 1929 einen von 40,56 Millionen Mark auf 51,39 Millionen Mark gestiegenen Gesamtgewinn aus. Die Abschreibungen sind stark erhöht worden (auf Abschreibungen für Neudampfer z.B. von 14,16 auf 18,11 Millionen Mark). Verwaltungskosten, Steuern und soziale Abgaben sind mit 12,84 Millionen Mark im grossen und ganzen gleichgeblieben, trotzdem die Reeder immer wieder behaupten, die neue Seemannsrankenkasse beanspruche die Finanzkraft der Gesellschaften allzusehr. Der Reinüberschuss beziffert sich auf 14,19 Millionen Mark. Im Vorjahr betrug er auch 14,19 Millionen Mark. "weifellos hat auch der Lloyd seine Bilanz "von hinten" aufgemacht.

Börsenbericht

für die Woche vom 10. bis 15. Februar.

Anmerkung für die Redaktion: Auf Wunsch viele Kollegen hat sich der "Sozialdemokratische Pressedienst" entschlossen, einen Wochenbericht für die Berliner Effektenbörse herauszugeben, der allmählich zu einem täglichen Bericht ausgebaut werden soll. Die Berichte erscheinen mit der Ausgabe des Sonnabenddienstes. Sie sollen in erster Linie zur Information unserer Betriebsräte usw. dienen, die naturgemäss praktisches Interesse an der Beurteilung der Papiere ihrer Unternehmungen durch die Börse haben. Dahingehende Forderungen sind in letzter Zeit auch immer wieder von den Gewerkschaften aufgestellt worden.

Redaktion des Soz. Pressedienstes.

+ + +

SPD. Berlin, den 15. Februar (Fig. Bericht)

Wenn das alte Wort "Knappes Geld - schwache Börsen, flüssiges Geld - feste Börsen" richtig wäre, so müssten wir heute eine Bombenbörse haben. Das Geld ist flüssig und trotzdem haben wir schwache Börsen. Die gute alte wissenschaftliche Theorie scheint ausser Kraft gesetzt zu sein. Eine solche Feststellung geht aber zu weit. Sie berücksichtigt nicht die vielen Unsicherheitsfaktoren, die weite Kreise gegenwärtig vom Spiel an der Börse abhalten, obwohl Geld reichlich und verhältnismässig billig angeboten wird. Die Dinge liegen auch so, dass in absehbarer Zeit kaum mit einer Aenderung zu rechnen ist.

Sucht man nach den verschiedenen Momenten, die den günstigen Einfluss der Geldflüssigkeit aufheben, so steht mit an erster Stelle die Politik. Wird der Young-Plan angenommen werden, wird es endlich Ruhe nach dieser Richtung geben, wie werden die aus dem Reichstag herauskommenden Kompromisse in den Steuerfrage sein - so und ähnlich lauten die bangen Fragen, die sich die Börsianer täglich von neuem vorlegen und die sie nicht zur Ruhe kommen lassen. Man kann verstehen, dass angesichts einer solchen Ungewissheit niemand den Mut hat, sich Aktien zu kaufen, denn nur zu leicht verliert er dabei sein Geld bzw. das von ihm gepumpte Geld. Kauft aber die berufsmässige Spekulation nicht, dann kommt keine Bewegung in das Börsengeschäft und damit ist auch dem aussenstehenden Kapital kein Anreiz zur Börsenbetätigung gegeben. Die Börse bleibt tot. Und wo keine Nachfrage ist, da sinken die Preise, also an der Börse die Kurse. Das ist des Rätsels Lösung!

Gilt diese Ueberlegung für die Börsentendenz im allgemeinen, so kommen natürlich immer wieder für diese oder jene Papiere noch Sonderumstände hinzu, die ihren Kurs beeinflussen. Da ist z.B. die Siemens-Aktie in der letzten Woche von 285 % auf 265 % heruntergegangen. Diese Entwicklung kam überraschend, denn nach dem Abschluss der 1000jährigen Amerika-Anleihe und dem Abkommen mit der General Electric glaubte man, dass sich der Kurs befestigen werde. Aber bald setzte sich folgende Ueberlegung durch: da die Besitzer der neuen Anleihescheine genau soviel Dividende bekommen sollen wie die Aktionäre, so wird in Zukunft die Aktienrente im gleichen Masse sinken bzw. nicht steigen, wie die Verzinsung der neuen Anleihe den jeweiligen Reingewinn in Anspruch nimmt. Deshalb sucht man sich von diesen Aktien zu trennen.

Oder ein anderes Papier: Reichsbank-Anteile. Schon lange hoffte man auf eine gute Abfindung anlässlich der Aenderung des Gewinnverteilungsschlüssels bei der Reichsbank zu Gunsten des Reiches. Der Kurs wurde mit diesen Erwartungen bis auf 315 % hinaufgetrieben (nachdem er allerdings im vergangenen Jahre schon ein-

mal auf 245 % war). Als das Abfindungsangebot endlich herauskam und ohne Zweife allen Ansprüchen genügte, hörte doch die Festigkeit auf. Denn man rechnete sich aus, dass der Kurs nunmehr dem neuen Wert der Aktie entsprach. Und man trennte sich auch von ihr, sodass der Kurs bis auf 304 % sank.

Bei den Kunstseideaktien, die trotz ihres an sich schon niedrigen Kurs erneut weiter heruntergingen (Bemberg um etwa 10 Punkte, Kurs am Ende der Woche 174. Allgemeine Kunstzylinder Unie (Aku) um etwa 4 Punkte), verstimmen die immer neuen Betriebsstillegungen und der Dividendenausfall bei verschiedenen ausländischen Gesellschaften, sodass man mit einer rückgängigen Rente rechnen muss. Deshalb gibt es keine Käufer, sondern nur Verkäufer an diesem Markt.

Eine Ausnahme machen allein Polyphonwerke, die von 262 auf 278 % stiegen. Hier soll die Gründung einer ausländischen Gesellschaft, in die grosse Teile der jetzigen Gesellschaft aus Steuerersparnisgründen eingebracht werden dürfte, geplant sein. Das aber regt die Spekulation an, sodass sie hier Käufe vornimmt. Es wäre jedoch übertrieben, wollte man auf Grund dieser Ausnahme nur von einer uneinheitlichen Tendenz sprechen. In Wirklichkeit ist die innerste Tendenz schwach.

SPD. Die Indexziffer der reagiblen Warenpreise (darunter werden die Preise für besonders konjunkturrempfindliche Waren zusammengefasst) bewegt sich gegenwärtig auf dem tiefsten Stand seit der Währungsstabilisierung. Dieser Tiefstand der Preise ist umso bemerkenswerter, als die Geschäftslage im ganzen trotz des Konjunkturrückgangs nicht so ungünstig ist wie etwa im Winter 1925/26. Wenn trotzdem die Rohstoffmärkte, soweit sie nicht verbandsmässig geregelt sind und die Preise durch Kartelle usw. behauptet werden, gegenwärtig einem besonders starken Druck unterliegen, so wirken dabei strukturelle und weltwirtschaftliche Einflüsse mit.

Seit mehreren Jahren haben die Grosshandelspreise fast aller Länder sinkende Grundtendenz, die nur vorübergehend durch einen konjunkturellen Aufschwung unterbrochen wird. Es ist dies eine Erscheinung, wie sie in den letzten 150 Jahren nach den grossen Kriegsperioden ziemlich regelmässig in einer Dauer von etwa 25 bis 30 Jahren zu beobachten war. Seit einigen Monaten wird die sinkende Grundtendenz durch den Konjunkturrückgang in den meisten grossen Wirtschaftsgebieten der Welt verstärkt. Da nun der deutsche Warenmarkt eng mit den ausländischen Märkten verflochten ist, machen sich diese Einflüsse naturgemäss auch bei der deutschen - konjunkturell ohnehin rückläufigen - Preisbewegung geltend.

Eine Ausnahme von der abwärts gerichteten Grundtendenz zeigte sich, wie das Konjunkturforschungsinstitut unterstreicht, bei den deutschen Fertigwarenpreisen, die in der Entwicklung von Anfang 1925 bis Ende 1929 im ganzen eine leicht ansteigende Grundrichtung erkennen liessen. Die Fertigwarenpreise gehen zwar seit Anfang 1929 ebenfalls konjunkturell, wenn auch nur zögernd, zurück; ihr Höhepunkt Ende 1928 lag aber annähernd ebenso hoch wie derjenige Ende 1925, während die reagiblen Warenpreise, die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren und auch die deutsche Grosshandelsindexziffer insgesamt bei ihrem letzten Kulminationspunkt den Höhepunkt von 1925 nicht erreicht haben.

SPD. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat die Eisenpreise heraufgesetzt; u.a. für Stabeisen um 2,5 Schilling, für Halbzeug um 2 Schilling und für Grobbleche um 4 Schilling. Die Preissteigerung war nach dem Zustandekommen der neuen Regelung zu erwarten.

Roggen wird nach Berlin "gestützt."

(Berliner Getreidebörse vom 14. Februar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse vom Freitag herrschte wenig Unternehmungslust. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Weizennotierungen besonders für die näheren Sichten abgeschwächt; dagegen konnte Weizen in effektiver Ware seine Preislage ungefähr behaupten. Das Angebot war mässig und fand bei den Mühlen knapp Aufnahme. Roggen war verstärkt angeboten, insbesondere auch aus Gegenden, welche im Allgemeinen nach den Berliner Plätzen nicht liefern. Die Ware fand Aufnahme bei den Stützungsstellen, sodass auch hier die Preise unverändert blieben. Desgleichen wurde Roggen am Lieferungsmarkt unverändert notiert. Mehl hatte sehr kleines Geschäft. Einige Frage bestand nach Roggenmehl, jedoch zu völlig unzulänglichen Preisen. Hafer hatte stetige Tendenz. Exportgeschäfte liessen sich jedoch nur noch in aller feinsten Qualitäten bewerkstelligen, da billiger Weizen aus Russland und von der Donau in reichlicher Menge angeboten ist.

	<u>13. Februar</u> (ab märkische Station in Mark)	<u>14. Februar</u>
Weizen	237 - 240	237 - 240
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	140 - 149	140 - 149
Hafer	126 - 136	126 - 136
loos Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,25 - 35,00	28,50 - 35,00
Roggenmehl	21,25 - 25,00	21,25 - 25,00
Weizenkleie	7,75 - 8,50	7,75 - 8,50
Roggenkleie	7,75 - 8,25	7,75 - 8,25

Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen März 251 $\frac{1}{2}$ (Vortag 253 $\frac{1}{2}$), Mai 262 $\frac{1}{2}$ (264 $\frac{1}{2}$), Juli 272 $\frac{1}{2}$ -272 und Brief (273). Roggen März 172 $\frac{1}{2}$ (172 $\frac{1}{2}$), Mai 181 (181), Juli 182 $\frac{1}{2}$ -182 (183). Hafer März 140-140 $\frac{1}{2}$ (140), Mai 147 $\frac{1}{2}$ (147), Juli 152 $\frac{1}{2}$ (152).

Berliner Viehmarkt.

(14. Februar).

SPD. Auf dem Schweinemarkt genügten die Zufuhren, die in erster Linie aus der inländischen Produktion kommen. Das Geschäft war glatt, so dass die Preis-senkungen beschränkt blieben. Sauen zogen im Preis unbedeutend an. Die Vieh-zentrale erwartet auch weiterhin eine feste Tendenz, sofern das günstige Fröst wetter anhält. Auf dem Rindermarkt wurden mittlere Qualitäten gut bewertet. Der Verlauf des Marktes war durchweg befriedigend. Der Kälbermarkt zeigte ein rei-ches Angebot. Geringgenährte Kälber konnten mit den letzten Preisen gehandel werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 43-48 (voriger Markt 42-45) b) 34-41 (32-40), c) 28-31 (26-30),
d) 24-27 (22-25). Kälber: a) -, b) 74-80 (75-83), c) 62-73 (62-76), d) 50-60
(50-60). Schweine: a) (über 300 Pfund) 79-80 (79-80), b) (240-300 Pfd.) 79
(79-80), c) (200-240 Pfd.) 78-79 (78-80), d) (160-200 Pfd.) 76-77 (76-79),
e) (120-160 Pfd.) 73-75 (74-75), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Saueh) 72-73
(71-72).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 14. Februar 1930.

Erstersteigung.^x

SPD. Sternklarer Frostabend. Die Schritte des Bahnwärters knirschen auf dem hartgefrorenen Schnee. Silberne leuchten die Schienen bis in die Ferne. In Gedanken verloren blickt der Bahnwärter hinauf zum Berge, zum nachtverhüllten, eisstarreren "Wetterstein". Da - - täuscht er sich, oder sieht er richtig? Hoch oben in den Bergwänden blitzen kleine Lichter. Der Mann reibt sich die Augen, schaut wieder hinauf und immer wieder; es ist kein Zweifel: Aus den Wänden des "Wettersteines" werden Lichtsignale gegeben. Menschen befinden sich in Bergnot!

Der Bahnwärter - er hat heute ja frei - rennt, was er nur rennen kann, ins Dorf und berichtet, was er eben gesehen hat. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht. Zwei Bauernburschen, ein paar Holzknechte und ein Ingenieur, die zufällig im "Braunen Hirschen" bei einem Glühwein sassen, rüsten sich in aller Eile aus, und eine halbe Stunde später bricht die Rettungsexpedition auf.

Am gleichen Tage, um 2 Uhr früh, hatten sich drei Touristen, die mit dem Zuge gekommen waren, von der nächsten Bahnstation aufgemacht, um die "Wetterstein-Südwand" zu erklimmen: ein Versuch, bei dem schon manche ihr Leben hatten lassen müssen und noch keiner die Spitze im Winter erreicht hatte. Die drei wollten nun diese Erstbesteigung erzwingen.

Als sie, nach langer und mühevoller Wanderung über vereiste Almen und Steige, endlich die "Hochalm" erreicht hatten, glitten schon die ersten Sonnenstrahlen über die schimmernden Felsen.

Eine kleine Rast, und dann ging es weiter zum Anstieg: Schwierig war schon der Weg bis zur bekannten "Eisrinne": in harter Stufenarbeit kamen die drei nur langsam vorwärts. Bald wärmte die Sonne so stark, dass Schneereifen angeschnall werden mussten. Infolge des tiefen Einsinkens in den weichen Schnee aber verliessen die Touristen die Markierung und stiegen über die zum Teil entblösten Felswände weiter. Immer tiefer gruben sich die Sonnenstrahlen in den Schnee, bis in die untersten Schichten: überall drohten Lawinen abzugehen; schon rollten weite Schneeflächen ab.

Endlich, am frühen Nachmittage, war das "Muttereck" erreicht. Wieder eine kleine Rast. Und dann weiter, in zähem Kampfe gegen Fels und Schnee, erklimmen die jungen, mutigen Menschen die Spitze: Erstersteigung !!

Der Abstieg gestaltete sich ungleich schwieriger! unendlich langsam, jeden Tritt vorsichtig und genau prüfend, fortwährend abrutschend, infolge des Wasserreichtums des Geländes total durchnässt, entfernten sich die Sieger vom Gipfel, über dem schon die müde Nachmittagssonne leuchtete. Rasch dunkelte es dann, und mit einem Male brach die Kälte ein. Die Zeit reichte nicht mehr aus. Die drei hatten die Anstiegswand erreicht, als den durch und durch erfrorenen, überarbeiteten Körpern die Kräfte schwanden: mit starren Fingern zündeten sie ihre Karbidlampen an, in der Hoffnung, unten im Tale bemerkt zu werden. Sie hatten die Markierung verloren und fanden sich, obwohl die Nacht ziemlich hell war, ausserstande, den Weg zu suchen. In einer kleinen Feldmulde, eng beisammen sitzend, unentwegt die glimmenden Pfeifen im Munde, rieben sich die drei stundenlang ihre erstarrten Körper ab, tranken enorme Mengen Tee, auf den kleinen Aluminiumkochern bereitet, und bangten um ihr Leben. Lange konnten

sie sich nicht mehr in Bewegung erhalten; dann würde die kurze, den ganzen Körper überlaufende Kälte und dann, gleich darauf - - - der heimtückisch-unwiderstehliche, warm-weiche Schneetod kommen.....

Da plötzlich riss es die drei Erschöpften hoch. Ein Wärmestrom durchzuckte sie, und wild-selig flogen ihre Lampen im Kreise: Hallo! Hallo!

Sie hatten die Lichter der Rettungsexpedition erblickt.

+ + +

Fünf schwere Stunden später umfingen sie - es war schon wieder zeitig am Morgen - drei warm-friedliche, von allen Gefahren weit entfernte Betten im "Braunen Hirschen".

Harald Spitzer.

Versailles und Fontainebleau.^X

SPD. Es ist eine Symphonie des alten stolzen und schönen Frankreich, die aus den beiden grossen Schlössern unweit Paris zu uns herübertönt. Wenn man an einem warmen Frühlingsmorgen durch ihre Parks schweift oder den dunklen, unergründlichen Wald von Fontainebleau durchforscht, dann steigen die alten Gestalten auf: Ludwig der Siebente, der Begründer von Fontainebleau, der 1180 starb und durch Verstossung seiner Gemahlin eine englische Besetzung des Landes verursachte; Franz der Erste, der französische Renaissancekönig, der das alte Schloss in ein neues verwandelte und ihm allen Zauber und Glanz der Renaissance mitgab. Dann kommen Künstler wie Rousseau, dessen "Dorfwahrsager" 1754, und Voltaire, dessen "Tankred" im Jahre 1760 in Fontainebleau "uraufgeführt" wurden.

Glänzender sind die Gestalten von Versailles, allen voran Ludwig XIV., der mit 26 Jahren den Bau des Schlosses beginnt, nachdem er drei Jahre selbstständig regiert hatte. Mit ihm sein ganzer Hofstaat, die Dichter, Künstler, Priester, Generale, die seinen Glanz erhöhten. Ausdruck einer einheitlichen, von einer Zentralsonne ausgehenden Kultur - das ist Versailles. Nur ein Wille, der alles in sich hineinzusaugen, alles zu bestimmen und zu gestalten wusste, konnte es schaffen. Auf der Höhe des Absolutismus. Das Volk... von ferne nur klang seine Arbeit, sein Rhythmus, der Schlag seines Herzens herüber; es war eigentlich nicht da, es hatte nur den Glanz zu erhöhen, zu bauen, zu bezahlen, und konnte dann still wieder in den Hintergrund abtreten.

Aber eines Tages, als die Zeit reif war, da erschien es doch, dieses Volk. Am 6. Oktober 1789, im Morgengrauen der grossen Revolution, stand es um den Königinflügel von Versailles, in dessen tristen, nach innen zu gelegenen Räumen Marie Antoinette ein langweiliges Dasein führte, und rief: "Wo ist die Königin?" Sie aber floh durch die weiten Säle zum König, auf einem der beiden Wege, durch den berühmten Spiegelsall oder durch den Saal "Oeil-de-boeuf" (Saal mit dem runden Fenster). Dann folgten die Tage der Vergeltung für die Unglücklichen, die die Erbschaft der absoluten Könige angetreten hatten.

Die grösste Gestalt jedoch, die in diesen Schlössern geistert, ist Napoleon, der Fontainebleau liebte. Zweimal musste sich Papst Pius VII. dort aufhalten: 1805, von allen Ehren umgeben, da er den Kaiser getrönt hatte; und 1812 unter veränderten Umständen, als er gefangen war, schlecht behandelt, und ihm Napoleon seinen Willen aufzwang. Als er aber selbst, der stolze Löwe, zur Fahrt nach Elba am 20. April 1814 Abschied nahm von seinen Generalen, da umarmte er weinend die so oft siegreiche Fahne seiner alten Garde. Da schwand auch hier die Pracht der alten Zeit und ihr geheimnisvoll-unheimlicher Zauber, der den Völkern Hekatomben unsinniger Opfer auferlegt hatte. Seitdem gehört auch Fontainebleau zu den historischen Schaustücken, die man besucht, um sich der Vergangenheit zu freuen und - sie zu überwinden.

Wenn wir uns in die Lage, die Bauart und den Gesamtcharakter der beiden

Schlösser vertiefen, so sehen wir, dass sie die Landschaft und die Seele Frankreichs ausdrücken; besser, als es Worte schildern können: denn in Frankreich ist der Ausdruck, die Stein oder Bild gewordene Form alles - aber doch auch wieder dem Gedanken zugänglich.

Die französischen Könige waren zumeist leidenschaftliche Jäger, und nicht von ungefähr hat jener Ludwig der Siebente das Schloss Fontainebleau in einen Wald von hundert Quadratkilometern Ausmass hineingebaut. Das ist für Frankreich eine sehr grosse Fläche. In der Nähe von Paris gibt es nur noch einen Wald, der sich an Grösse und in der Verborgenheit seiner Partien mit dem von Fontainebleau vergleichen lässt. Das ist der von Compiègne, wo Marschall Foch im Jahre 1918 heimlich seine Armee sammelte, die zum letzten Schlage ausholte. Man sagt, dass in beiden Wäldern kein Mensch genau Bescheid wissen könne.

Versailles aber, obzwar auch dort Ludwig XIII. ursprünglich nur ein kleines Jagdhaus gebaut hatte, liegt doch in der freien Ebene, mit dem Blick auf sanfte Höhen, mit der gewollten und gestalteten regelmässigen Schönheit seiner Parks, mit all dem Spielenden, ja oft Spielerischen, das jener grossen Zeit des Absolutismus anhaftet. Man denke nur an den "Hameau", die künstliche Farm der Königin, auf der Landwirtschaft "gespielt" wurde. Da war die grosse Welt des Sonnenkönigs, die weit in alle Welt hinaus ihre politischen und künstlerischen Wirkungen ausübte, wieder klein geworden, echt französisch konzentriert auf einen kleinen, klaren Gedanken; denn der Franzose hat keine Freude an dem unendlich schweifenden Wesen anderer Völker, besonders seiner deutschen Nachbarn; sondern er ist erst glücklich, wenn er sich wieder zurückgefunden hat in eine klare und beherrschbare Wirklichkeit. Darum hat er auch zu Versailles eine nähere Beziehung als zu Fontainebleau, das immerhin in einem grossen, unheimlichen Walde liegt. Dass die deutsche Kaiserkrönung in Versailles stattfand, verletzte den Franzosen tief, und es war die Wiederherstellung seiner stolzen Liebe zu Versailles, dass dort der tragische Friede von 1919 geschaffen wurde.

Vergleicht man die Stilformen, so zeigt eine wahrlich interessante kunstgeschichtliche Betrachtung, dass Fontainebleau immer wieder erweitert wurde, ja, man kann sagen, unorganisch gewachsen ist, während Versailles wie aus einem Gusse dasteht. In Fontainebleau französische Geschichte fast aller Zeiten, ablesbar in historischer Reihenfolge, in Versailles ein Kristallisationspunkt Französischen Wesens - nicht seine einzige Ausdrucksmöglichkeit, aber jedenfalls eine typische. Die Gebäude in Fontainebleau und die Innenausschmückung mit ihrer reichen und oft kalten Pracht an Gemälden, Skulpturen, Formen der Baukunst und des Kunstgewerbes stammen aus sehr verschiedenen Perioden der Geschichte. Aber es ist erstaunlich, wie einheitlich doch das Ganze wirkt - ein Beweis mehr für die Einheitlichkeit des französischen Wesens, das sich fast immer treu geblieben ist. Das Allgemeine und das Einzelne, das Schicksal und das Spiel, sie passen zueinander. Die beiden Schlösser sind wie die zwei Bände eines Buches, in dem man die französische Geschichte in all ihrem Reichtum ablesen kann. Darum sollte niemand, der Paris besucht, versäumen, sich ausser Versailles auch Fontainebleau anzusehen, das man in einer guten Stunde Bahnfahrt erreicht, und zwar über das kleine Landstädtchen Melun, in dem es sich lohnt, einen Zug zu überschlagen. Man erlebt dort, im Gegensatz zu all der Pracht, die ferne Ruhe und Einfachheit des französischen Menschen.

Dr. Hans Hartmann.

SPD. Das amerikanische Tonfilmgeschäft. Eine amerikanische Verlagsfirma hat in diesen Tagen die ausschliesslichen Tonfilmrechte von vier neuen Tonfilmliedern an zwei führende amerikanische Filmunternehmen zum Preise von 1 Million Dollar (4 200 000 Mark) verkauft. - Sintflut amerikanischer Kulturverflachung!

Zwischen Tragik und Lächerlichkeit.^x

SPD. Einer meiner Freunde zeigte mir kürzlich eine Sammlung geschmacklose Postkarten. Da gab es u.a. jene Reproduktionen schöner Mädchenköpfe, deren Wangen in Zartrot, und deren Haar in leichtem Grüngelb gehalten war. Wundervolle Jünglinge mit Alabastergesichtern schauten lächelnd über einem Frackmantel in die Gegend. Darunter stand gewöhnlich "Lieb mich, und die Welt ist mein!" oder "Wann kommst Du wieder?" . . . Manchmal sah man die seltsamen Vertreter ihres sehnsüchtigen Geschlechts zusammen auf einer Karte, Wange an Wange. Dann stand natürlich ein ganzer Vers darunter.

Solche Produkte einer geschäftstüchtigen Postkartenindustrie gab (und gibt) es zu Tausenden. Das Merkwürdige aber ist: Sie werden zu durchaus ernsthaften Zwecken gesammelt und in stillen Sonntagnachmittagstunden dem Bekanntenkreise vorgeführt. Ebenfalls im Album. Mit Erinnerungsgesten. Ganz gute Freunde dürfen sich, so sie ein interessiertes Gesicht zu machen verstehen, auch die Rückseite (der Karten) ansehen. Und die Augen des (der) Verschmähten, Betrogenen, Vergessenen ruhen mitleidsaugend auf dem bleichen Antlitz des Besuchers.

Na ja, Lyrik ist Privatvergnügen, bei Heinrich Heine wie bei Emil Kriebel. Wir dürfen Emil Kriebel nicht verbieten, in seiner Liebesnot jene Postkarten an Elly zu schreiben, die das geliebte Mädchen autosuggestiv vergessen lässt, dass ihr Emil Pickel im Gesicht hat. Doch abseits von solchen Geschmacklosigkeiten, die wir auf Amors Pfaden auch in anderen Verbindungen antreffen, blüht manch ähnliches Gewächs. Sofern es uns gestattet ist, darüber zu lächeln, wird niemand etwas dabei finden. Anders verhalten sich schon die Dinge im Zusammenhang mit tragischen Ereignissen. Da wäre Spott eine grausame Äusserung. Aber leider beschwören ihn oft gerade die herauf, die ihn am ehesten vermieden wissen wollen.

Aus meiner Heimat erhalte ich eine Tageszeitung, die dort als führend anzusehen ist und in allen ihren Teilen den an eine grössere Provinzzeitung gestellten Erwartungen entspricht. Für den Inhalt der Annoncen ist bekanntlich im allgemeinen der Verfasser selbst verantwortlich. Nur so lässt es sich erklären, dass im Inseratenteil Texte erscheinen, bei denen man sich das Lachen kaum verkneifen kann. Es ist zwar jedermanns Privatvergnügen, zu lachen, wann er will, aber ausgerechnet rindet man diese unfreiwilligen Scherze in - Todesanzeigen. Wenn sich jemand in einer so tragischen Angelegenheit wie beim Tode eines Familienangehörigen an die Öffentlichkeit wendet, noch dazu an die nach Tausenden zählende Leserschaft einer Zeitung, so wird es für die Angehörigen kaum angenehm sein, wenn ein Teil der unbekanntem Leser über den Inhalt der Nachricht lächelt. In der erwähnten Tageszeitung liest man - fast eine Gepflogenheit in dieser Gegend - unter der Überschrift "Wehmütige Erinnerung zum einjährigen Todestag unserer . . ." usw. des öfteren Gedichte, die eine Erinnerung an den Verstorbenen darstellen sollen. Ich will einige Beispiele - es handelt sich zumeist um den Tod der Mutter - anführen:

Ein schwerer Schlag hat uns getroffen,
Als heut' vor einem langen Jahr
Sich deine lieben Augen schlossen,
Weil keine Rettung möglich war.

Es war so reich dein ganzes Leben
An Arbeit, Müh', ohn' Unterschied,
Am späten Abend, früh am Morgen,
Nie waren deine Hände müd'.

Drum ruhe wohl, du gute Mutter,
Einst werden wir dich wiedersehen!

Zunächst: an wen ist das Gedicht gerichtet? Für die Verwandten wird der Todestag auch ohnedies ein Termin schmerzlichen Erinnerens sein, und wer etwa glaubt, dass fremde Leute, die diese Zeilen lesen, auch nur einen Augenblick in ihren Alltagsgedanken innehalten, um mitzuempfinden, - noch dazu bei solchen Versen - der irrt sich. Ist nicht jede Mutter für die Familie unentbehrlich, und ist nicht jeder Mutter Weg mit Mühen und Arbeit gezeichnet! Man hat manchmal das Gefühl, als ob einer aus dem Verwandtenkreise unbedingt zeigen will, dass er Verse machen kann, und nun die Gelegenheit nicht vorübergehen lässt, damit vor die Öffentlichkeit zu treten. Ein ehrendes Gedenken, eine tiefe Trauer um einen Menschen, dem man nahe stand, sieht wohl auch anders aus als folgende, in ihrer Sinnlosigkeit erschreckende Zeilen, die weiter nichts als Stümperei verraten und nur das Gegenteil ihres eigentlichen Zweckes erreichen:

Nun kam die Stunde wieder,
Die, wie vor einem Jahr,
Der lieben guten Mutter
Die allerletzte war.

Die letzte deines Lebens,
Bevor das Herz dir brach.
Dein Hoffen war vergebens,
Längst fühltest du dich schwach.

Noch wolltest du erleben,
Dass Walter älter wird,
Bei allem deinem Streben
Dein Herz hat sich geirrt.

Was wir an dir besaßen,
Abends sowie auch früh,
Wollen wir auch vergessen
Im ganzen Leben nie.

Gerade hier ist doch wohl der Schritt vom Tragischen zum Lächerlichen, wenn auch ungewollt, schon getan. Es fällt nicht ganz leicht, an so empfindlichen Stellen Kritik anzulegen. Missverständnisse liegen da in allernächster Nähe. Aber die Tatsache, dass man in den meisten Gegenden von solchen poetischen Verirrungen längst abkam (wenn sie überhaupt üblich waren), beweist doch, wie wenig der allgemeine Volksgeschmack solche Ausführungen liebt.

Wo es angängig ist, sollten Leute, die sich von einem "dichtenden" Onkel oder einer verseschmiedenden Tante Texte ähnlicher Art schreiben liessen, in schonenden Wendungen auf die negative Wirkung bei der Öffentlichkeit hingewiesen werden. Das ist schwer, und welcher Inseratenbearbeiter setzt sich gern der Gefahr aus, falsch empfindliche Leute zu Verlagsfeinden zu machen! Aber es gibt vielleicht doch den einen oder anderen geschmackbegabten Menschen, der diese Zeilen zufällig liest und bei Gelegenheit ihre Nutzenanwendung verbreitet.

O. F. Heinrich.

Abenteuer im Kino.^x

SPD. Wenn man öfters ins Kino geht, dann kann man im Zuschauerraum nette Sachen erleben. Viel schönere als die auf der weissen Fläche, die geduldig Lügen trägt.

Ich war in der Aufführung eines Films, in dem ein Mann einem Mädchen die Ehe verspricht, trotzdem er bereits in Ehefesseln liegt. Eben, als die Verlobung gefeiert werden soll, trifft die Frau Gemahlin ein. Und nun geschieht das

dem Publikum so sympathische Kinowunder. Man erwartet einen schauerlichen Zusammenstoß aber nein .. da im Film der Edelmut noch triumphiert, so macht die hochsinnige Frau selbst den Vorschlag, um der Ehre des Mädchens willen die Scheidung zu beantragen. Man sieht also wieder einmal, wie herzensgut die Menschen im Film sind.

Das Kinopublikum ist äusserst gerührt über so viel Edelmut und schneuzt sich heftig. Hinter mir aber ruft ein Herr: "Ach, wenn man doch auch nur so ein Schwein hätte!"

Der Mann hatte natürlich (!) damit nur das "Glücksschweinchen" gemeint. Aber die neben ihm sitzende Gattin nahm die Angelegenheit sehr ernst und haute dem harmlosen Mann eine runter. Sie hatte ihn wohl ganz falsch verstanden.

T..jah - nicht jede Gattin ist so einsichtsvoll wie die Filmgattinnen.
Alfred Auerbach.

Später Heimgang.^x

Nun gibt die Nacht uns einen Mond.
Sie gibt ihn rund und wundervoll
aus sieben dunklen Nächten her,
dass er uns leuchten soll.

Sie schreibt mit ihrem Silberstift
der Erde dunkelstes Gebet,
dass es dem Späten auf der Wanderschaft
zu deuten und zu klären steht.

Sechs Tage einer Woche sollst du mühen
nach den Geboten deiner Kraft.
Der Nächte sieben und der siebte Tag
sind dein von aller Wanderschaft.

So löse nun den Werkchoral
aus deiner Füsse spätem Schritt
und zittre nun zum ersten Mal
den Rausch des Mondes mit!

Alfred Thieme.

SPD. Karl der Grosse.^x "Sie haben hier im Ort eine Irrenanstalt?"

"Ja, sogar eine sehr interessante".

"Wieso?"

"In dieser Anstalt sind zwanzig Irre, die sich alle einbilden, Karl der Grosse zu sein".

"Nicht möglich!"

"Ja, aber das Ärgerlichste dabei ist, dass sie alle zwanzig im Irrtum sind!"

"Das dürfte ja wohl selbstverständlich sein".

"Ja, denn in Wirklichkeit bin ich Karl der Grosse!"

SPD. Geschäft ist Geschäft.^x Auf dem Alten Markt-Platz in Rouen, auf dem vor fünf Jahrhunderten der Scheiterhaufen für Jeanne d'Arc, die "Jungfrau von Orleans", errichtet ward, kündigt heute ein Schild an: JEANNE D'ARC'S GRILL ROOM BAR.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.

Deutsche Rechte: Th. Knauer Nachfg.

33)

SPD. "Ah!" Morelli nickte. "Wie wäre es mit irgendetwas zu essen?"

Der Sergeant reichte ihm aus dem Brotbeutel die Hälfte der gepflückten Datteln, die er aus der Hütte mitgebracht hatte; sie assen, kauten schweigend und spülten die Früchte mit lauwarmem Wasser aus der Feldflasche hinunter. Als sie ihr Mahl beendet hatten, prüfte der Sergeant den Inhalt seines Zigarettenetuis "Fünf", sagte er, "wieviel haben Sie noch?"

"Drei", sagte Morelli, aber "...da sind noch Abelsons"... Er reichte dem Sergeanten eine und steckte sich selbst eine andere an.

Der Rauch kräuselte sich lässig über ihren Köpfen, wie kleine Wolken hing er in der hellen Luft. Mit jeder Minute wurde die Hitze unerträglicher und drohte immer noch schlimmer zu werden.

"Sergeant", sagte Morelli nach einem langen Schweigen, "haben Sie jemals von Jonassen gehört?"

"Ja", nickte der Sergeant; seine Gedanken schienen zu wandern. "Ich wünschte zu Gott, dass die Teufel da drüben etwas unternehmen... Dies Warten ist furchtbar."

Schweigen.

"Wegen der Jonasse..." klang Morellis Stimme, "hören Sie zu?"

"ja", entgegnete der Sergeant, "ja...."

"Ich bin einer." Morelli sprach ganz leise und langsam. Ich will Ihnen das erzählen..."

Neunzehntes Kapitel.

Abwechselnd gruben sie auf der anderen Seite der Hütte ein Grab für Abelson; der Sergeant legte den Leichnam hinein, warf Erde über ihn und trat sie fest.

Ein Tag verging; eine Nacht...ein anderer Tag und noch eine Nacht.

Die Zeit hörte für die beiden Männer auf - ihre harte, von Menschen geschaffene Einteilung schmolz im Ofen der Sonnenhitze und dem Silberbad des Mondlichtes. Dann und wann assen sie und tranken viel Wasser; sie schliefen unerschüttert, mit Angstträumen oder gar nicht. Abwechselnd schüttelten sie Datteln zur Ergänzung ihres Vorrates und füllten die Feldflaschen, abwechselnd gingen sie wie im Halbschlaf zur Hütte und gaben dem lächelnden Wahnsinnigen, der dort betete, Speise und Trank; er liess sich ruhig wie ein Tier herausführen und bewegen, die einzigen Worte, die er zu seinen Pflegern sprach, waren: "Ich muss euch nun verlassen...kniet mit mir nieder und betet...."

Manchmal sprachen sie nur kurz miteinander, manchmal unterhielten sie sich stundenlang. Einmal sagten sie während eines ganzen Tages kein Wort; aber immer beobachteten sie mit heissen Augen, die vom Sonnenglanz und vom Mondschein schmerzten, die Wüste. Es kam ihnen so vor, als hätten sie ihr ganzes Leben lang auf dem Bauch gelegen, auf die Ellenbogen gestützt, die ihr Gewicht wund gedrückt hatte, und über nichts als Sand gestiert, als hätten sie immer auf einen Feind gewartet, den sie nicht sehen konnten, der aber trotzdem da war, ein magischer Feind, der sich versteckte, wo es kein Versteck gab, und die verstümmelten Leichen ihrer Freunde zu ihnen zurückbrachte, um sie zu verspotten, ein Gegner, der sie endlich fassen würde, wie die anderen gefasst worden waren.

Ihre Augen glühten wie Kohlen, auf ihren Gesichtern wuchsen struppige Borsten. Wenn ihr Lager auch im Schatten war, frass die Hitze wie ein wildes Tier an ihnen, so dass jeder Sonnenlauf ein Crescendo von Glut mit einer Nacht in seiner Mitte bedeutete, die kaum erträglicher war. Die Kolben der Ka-

rabiner verbrannten ihre Hände, die Berührung der Metallteile verursachte ra= sende Schmerzen. Unablässig verströmte ihr Schweiss, dass sie manchmal sich auf zulösen glaubten und fühlten, wie ihre Gesundheit schwächer wurde. Im Umkreis standen die Palmen unbeweglich drohend wie Schildwachen, ohne sich zu rühren, vor ihnen war der glühende Halbkreis des Nichts, ein unnützer Ofen bei Tag, eine fleckige Silberschale in der Nacht. Das Nichts wurde in ihrer Vorstellung zu einem brennenden und wollüstigen Feinde, der sie zum Wahnsinn treiben wollte, ehe er sie tötete.

"Wenn sich nur etwas regte", stöhnte Morelli, "irgendein gottverdammtes Etwas!"

Der Sergeant drehte sich auf den Ellbogen herum; er hatte beinahe einen ganzen Tag geschwiegen, nun strömten seine Worte wie ein angestauter Giessbach dahin.

"Ja, ja", sagte er fast schreiend, "irgend etwas muss sich regen....ja... aber was? Wie? Diese verfluchten Hunde....zur Hölle mit ihnen, sage ich! Gott, verdamme ihre dreckigen Seelen...Sie werden uns ja kriegen, aber, bei den Knochen ihres Propheten, wir sie auch! Haben Sie jemals einen brennenden Wunsch gehabt Morelli? Natürlich...genau so wie ich...nicht nur einen, sondern tausende....ich habe sehr, sehr heiss gewünscht, Morelli, aber niemals so wie jetzt: ich will diese Schweine fassen....ich will sie fassen, sage ich Ihnen, ich will sie fassen und dann sollen sie verrecken...." Er brach ab, denn er merkte, dass er laut und lauter schrie, während der andere so nahe lag, dass er ein Flüstern hätte hören können. Seine eigene Stimme tönte ihm seltsam und peinlich in den Ohren; er biss sich auf die Lippen und rang nach Luft.

Aber jetzt schrie Morelli zurück, gleichsam angesteckt, "...alles ganz gut, alles ganz ausgezeichnet. Aber worauf wartet das Pack? Was? Ich will's Ihnen sagen, und wenn wir hier nicht wie die Wanzen herumliegen müssten, hätten wir es schon längst eingesehen. Sie warten auf ihre Kameraden, verstanden, auf lausige Verstärkungen. Das ist es! Wir haben drei neulich nacht umgelegt, nicht wahr, da bleiben also drei oder vier übrig....Die wagen es nicht...warum? Weil sie wissen, dass ihre kleinen braunen Brüderchen kommen und dann wollen sie uns auslöschen....keine Kunst! Klar wie Klossbrühe...und Ihr ganzer Wunsch ist beim Teufel. Stimmt's..., he?"

"Schon gut. Schon gut. Sie brauchen nicht so zu schreien." Der Sergeant hatte sich gefasst, seine Stimme war wieder ruhig und bestimmt. "Sie mögen recht haben, jedenfalls haben Sie logisch gedacht. Trotzdem irren Sie, glaube ich, trotz aller Möglichkeiten. Ich meine, dass sie warten...nun, weil sie eben warten....es gehört zu ihrem Programm. Folgen Sie mir? Sie wollen uns nicht nur töten, sondern sich gleichzeitig amüsieren. Bedenken Sie, wie Jock und Maat hergebracht worden sind....wissen Sie, was ich sagen will? Dies Wartenlassen gehört etwas zu ihrem neckischen Spiel."

"Weiss nicht...vielleicht haben Sie recht..." Auch Morelli war jetzt wieder nüchterner geworden. "Gehuppt wie gesprungen...was kommt's darauf an? Verdammt mögen sie sein...und wir auch." Damit begann er ein trauriges Lied zu pfeifen; der Sergeant nahm die Melodie auf, die klagende Weise floss ruhig durch die Palmen und verklang.

"Nichts geht über Musik", meinte der Sergeant, grinste plötzlich und sang:

"Herr Wirt, habt ihr denn guten Wein?

Parley-voo!

Herr Wirt, habt ihr denn guten Wein?

Parley-Voo!

Herr Wirt, habt ihr denn guten Wein?

Für Kavalleristen muss er sein!

Hallo, Jungens,

Hallo, Kerle,

Hal-lo!"

(Fortsetzung folgt.)